Donnerstag, 6. März 1930
12. Jahrgang. Nummer 55

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 RM., monatlich 2,60 RM. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 RM., unter Streifband 3,00 RM. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 8 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme i. der Haupt-Expedition 9 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Str. 50. Tel. 546 30. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Tel. 239 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpeditionen: Gleiwitz, Oberstr. 26, Tel. 4055; Oppeln, Adalbertstr. 11, Tel. 1364; Görlitz: Lunitz 6, Tel. 2384. Geschäftszeit: 8—19 Uhr. Gerichtsstand: Hauptverlagsort Breslau. Erscheinungsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellsch. mbH., Bresl. — Druck: „Benbag", Fil. Breslau, Trebnitz. Str. 50

Regierung beschließt neue Hungergesetze

Verschärfung der Youngpolitik als Ergebnis der „Regierungskrise" — Sozialfaschisten geben Scheinopposition auf — Neue Massenbelastungen und Unterstützungsraub beschlossen

Organisiert rote Arbeiter-Offensive

Berlin, 6. März.

Die sozialfaschistische Hermann-Müller-Regierung hat in ihrer gestrigen Sitzung die Beratungen über den Haushaltsplan für 1930 und die Deckungsvorlagen zu Ende geführt. Was wir über die Bedeutung der „Krise" im Müller-Kabinett geschrieben haben, wird durch die gestrigen Beschlüsse hundertprozentig bestätigt. Die Sozialfaschisten haben ihre Scheinopposition gegen den weiteren Abbau der Arbeitslosenversicherung aufgegeben und im wesentlichen den Vorschlägen des volksparteilichen Finanzministers Moldenhauer zugestimmt.

Das Ergebnis der Regierungs-„Krise" ist ein verschärftes Tempo in der Durchführung des innerdeutschen Young-Planes.

Die Offensive der Bourgeoisie zur weiteren Verschlechterung der proletarischen Lebenshaltung nimmt ungehindert ihren Fortgang. Der Haushaltsplan von 1930 und die Deckungsvorschläge werden in den nächsten Tagen dem Reichsrat zugehen. Im Reichstag beginnt die zweite Lesung der Young-Gesetze. Die Regierungsparteien rechnen damit, daß diese Hungergesetze schon zu Beginn der nächsten Woche verabschiedet werden können.

Das von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den Demokraten propagierte „Notopfer" ist nunmehr von der sozialfaschistischen Koalitionsregierung endgültig abgelehnt worden.

Zur Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung soll eine Beitragserhöhung neben der Ueberweisung von 50 Millionen aus dem Reservefonds der Bank für Industrieobligationen durchgeführt werden, die zur Hälfte von den Arbeitern aufzubringen ist. Zur Deckung des Fehlbetrages im Reichshaushalt wurden die Vorschläge Moldenhauers angenommen. Es handelt sich

1. um die **Erhöhung der Biersteuer** um 75 Prozent (die den ursprünglichen Plan von 50 Prozent Erhöhung übersteigenden 25 Prozent sollen den beteiligten Ländern zur Verfügung gestellt **werden),**

2. um einen **Benzinzoll** von 10 Pfennig für den Liter (4 Pfennig mehr als bisher) und einen **neuen Benzolzoll** von 10 Prozent je Liter, wobei eine Reform der Kraftfahrzeugsteuer in Aussicht genommen ist,

3. die bereits vorweggenommene **Erhöhung** des **Tee- und Kaffeezolls,**

4. die **Neuerhebung einer Mineralwassersteuer,** die bereits früher bestanden hat, und deren Ertrag von schätzungsweise 40 Millionen den Ländern überwiesen werden soll zur Aufteilung an die Gemeinden, deren Fürsorgehaushalt besonders belastet ist,

5. eine **Kürzung der Stundungsfristen bei der Zigaretten- und Zuckersteuer.**

Im Haushaltsgesetz ist eine Bestimmung angenommen worden, nach der der Finanzminister zusammen mit dem Sparkommissar ermächtigt wird, ein Programm vorzulegen, das die laufenden Ausgaben für 1931 unter dem Stand von 1930 hält. Das bedeutet, daß z. B. alle vermehrten Ausgaben für den Ausbau des kapitalistischen Staatsapparates auf Kosten der sozialen Ausgaben gehen. Im kommenden Jahre sollen die Besitzsteuern eine weitere Senkung erfahren. Daneben ist vorgesehen, daß in Zukunft

eine Lohnsteuerrückerstattung nicht mehr erfolgen

soll. Auf diese Weise sollen wieder 60 Millionen Mark von den Werktätigen eingespart werden.

Die Hermann-Müller-Regierung wird nun vorläufig in ihrer bisherigen Zusammensetzung bestehen bleiben und die Young-Gesetze durchführen, die für die werktätige Bevölkerung grenzenloses Massenelend bringen. Severing wird weiter bemüht sein, durch die Anwendung faschistischer Terrormethoden den Widerstand der Arbeiterschaft gegen die Pläne der Hungerregierung zu brechen. **Die Mobilisierung des Bürgerkriegsapparates** der Bourgeoisie zur Unterdrückung der Hungerdemonstration am 6. März ist ein weiteres Glied in der Kette der sozialfaschistischen Anschläge auf das revolutionäre Proletariat. **Nach der Annahme der Young-Gesetze werden die Machtinstrumente des bürgerlichen Staates noch rücksichtsloser und brutaler als bisher gegen die rebellierenden Arbeitermassen eingesetzt werden.**

Die vollständige Kapitulation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stellt die „linken" SPD.-Demagogen vor eine schwierige Aufgabe. Die „Volkswacht" für Schlesien schrieb noch in ihrer Ausgabe vom 5. März über die bevorstehende Einigung im Reichskabinett und Moldenhauers Vorschlag u. a.:

„Wir müssen daher von unseren Vertretern im Reichskabinett verlangen, daß sie auch diesen Vorschlag als völlig unzureichend ablehnen und auf ihrem Verlangen nach einem allgemeinen Notopfer bestehen bleiben. Ganz unverständlich ist es uns aber, wie der „Sozialdemokratische Pressedienst" angesichts dieses Tatbestandes melden kann, daß dieser Vorschlag Moldenhauers in sozialdemokratischen Kreisen als annehmbar angesehen werde. Wir wollen hoffen, daß diese Meldung falsch ist. Die Annahme dieses Vorschlages würde aber tatsächlich nichts anderes bedeuten als die Preisgabe der Aufrechterhaltung der bisherigen Leistungen der Arbeitslosenversicherung."

Was werden die „linken" Demagogen jetzt nach den Beschlüssen der Reichsregierung, nach dem neuen Verrat, den ihre Parteigenossen Hermann Müller, Wissell und Severing am Proletariat verübt haben, unternehmen? Sie denken gar nicht daran, die Arbeiterschaft gegen die Hungerdiktatur zu mobilisieren.

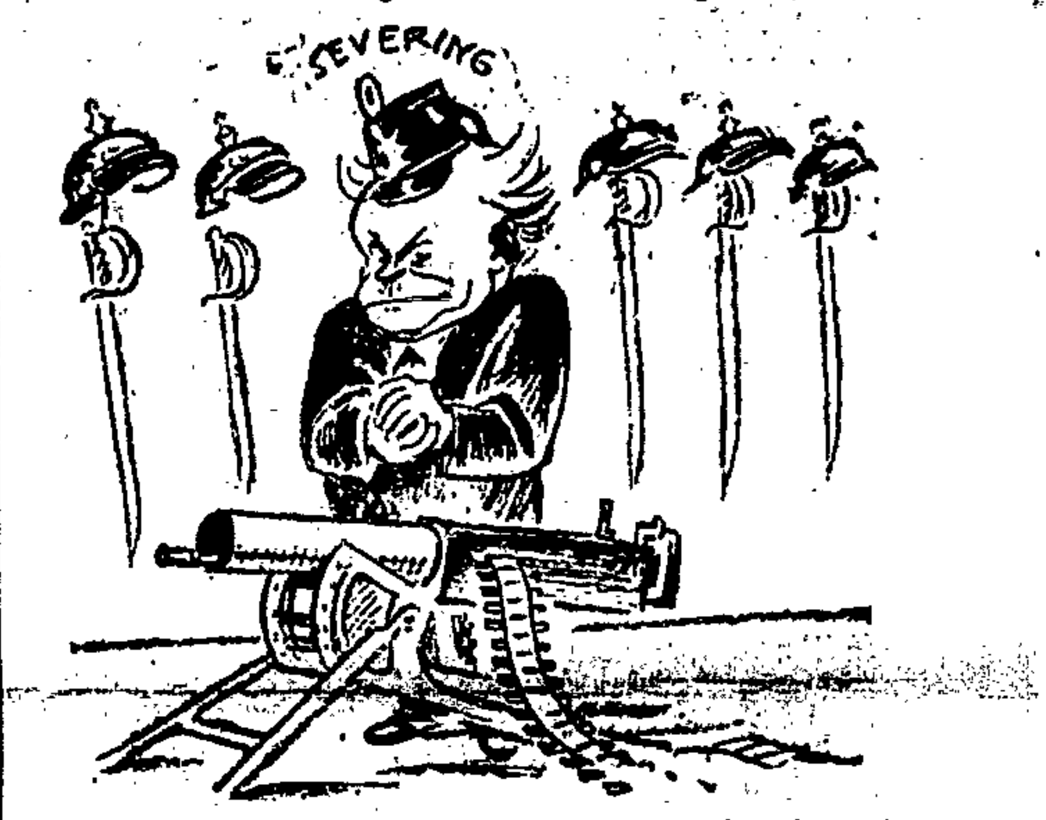
Sie stehen vielmehr grundsätzlich auf dem Boden der Young-Politik und wollen durch ihren Scheinkampf, durch ihre geheuchelte Entrüstung gegen die Taten ihrer Ministergenossen die sozialdemokratischen Arbeiter vom Eintritt in die rote Klassenfront zurückhalten.

Aber zu offensichtlich ist das demagogische Spiel, die harten Tatsachen der Young-Politik werden auch den bisher noch sozialdemokratisch beeinflußten Arbeitern die Augen über die wirkliche Rolle der sozialfaschistischen Regierungspartei öffnen.

Vor dem Proletariat steht die Aufgabe, auf die Verschärfung des Tempos in der Durchführung des innerdeutschen Young-Planes mit einer Steigerung der Kampfaktion zu antworten. Betrieb und Stempelstelle, das ist die Basis, auf der die Arbeiteroffensive gegen die Hungerregierung und die kapitalistische Klasse organisiert werden muß. Der heutige Kampftag gegen die Erwerbslosigkeit ist nur ein Auftakt zu den bevorstehenden gewaltigen Klassenkämpfen. Es gilt die Kampffront der Arbeiterklasse weiter auszubauen. Die Beschlüsse der Kongresse der revolutionären Gewerkschaftsopposition sind jetzt praktisch durchgeführt. Der Internationale Frauentag am 8. März muß gleichfalls ein wuchtiger Auftakt einer breiten Mobilisierung der Arbeiterinnen und ihre Einbeziehung in die Kampffront der gesamten Arbeiterklasse werden.

Rücksichtsloser, entschlossener Kampf gegen die sozialfaschistische Hunger- und Terror-Regierung! Durchkreuzt die Young-Politik der Bourgeoisie! Nur ein Sowjet-Deutschland bringt Arbeit und Brot!

Die Sicherung der Young-Politik



„Die staatlichen Machtmittel sind in der Quantität zurückgegangen. Sie müssen in der Qualität steigen!"
Rede Severings auf der Jubiläumstagung der Vereinigung für polizeiwissenschaftliche Fortbildung.

Young-Plan bringt Lohnabbau und Massenentlassungen

Ein neues Beispiel im Buchdruckgewerbe

Der neue Manteltarif, den die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie des Buchdruckerverbandes mit den Unternehmern abgekartet hat, ist ein neues Alarmsignal für alle Arbeiter. Die Sozialfaschisten haben nämlich nicht nur zugestimmt, daß keinerlei Arbeitszeitverkürzung eintreten soll, sie haben außerdem für den Bezirk Rheinland-Westfalen einen direkten Lohnabbau vereinbart, indem die Buchdrucker dieses Bezirks einen niedrigeren Ortszuschlag erhalten als bisher.

Lohnabbau in einer Zeit, wo ungeheure Lasten auf die Arbeitenden abgewälzt werden und sich die Lebenshaltungskosten immer mehr verteuern. So führt die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie den Young-Plan durch.

Es gibt nur einen Ausweg! Die Arbeiterschaft muß die Henkerrolle der Sozialfaschisten erkennen und unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Kampf gegen das Unternehmertum aufnehmen, den Kampf um höhere Löhne und den Siebenstundentag!

Weiteren 200 Bergkumpels auf Sosnitza-Grube gekündigt

Bis jetzt elf Feierschichten

Gleiwitz, 5. März. Die Entlassungen auf unserer Anlage nehmen kein Ende. Weiteren zweihundert Kameraden ist gekündigt worden. Somit sind es über fünfhundert Mann, die aufs Straßenpflaster geworfen worden sind. Trotz des ungeheuren Arbeiterabbaus legt die Verwaltung eine Feierschicht nach der anderen ein. Seit Januar wurde unsere Belegschaft mit elf Feierschichten „beglückt". Die reformistischen und christlichen Betriebsräte helfen kräftig bei der Auswahl der zu entlassenden Kameraden, statt sich dagegen zu wehren. Verwaltung und diese Sorte von Betriebsräten versuchen den Betrieb kommunistenrein zu bekommen. Dies wird ihnen natürlich vorbeigelingen.

Kameraden! Schützt die von euch zur Betriebsratswahl aufgestellten revolutionären Kandidaten vor dem Unternehmerterror. Sorgt dafür, daß die Reformisten und Christen endgültig aus der Betriebsvertretung verschwinden. Jede Stimme der Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Kein Waffendiebstahl in Leipzig

Bürgerliche Presse bestätigt Lockspitzelattentat

Die Sozialfaschisten verbreiten landauf, landab die Lüge, daß die KPD. in Leipzig Reichswehrwaffen gestohlen habe. Jetzt werden diese sozialfaschistischen Lügen sogar durch bürgerliche Blätter widerlegt. Die „Berliner Morgenpost" vom 5. März schreibt:

„Der Leipziger Waffendiebstahl findet jetzt eine höchst merkwürdige, für die Reichswehr sehr peinliche Aufklärung. Es stellt sich nämlich heraus, daß von einem Diebstahl der Kommunisten überhaupt nicht gesprochen werden kann, denn ein Privatangestellter, der bei der Reichswehr als Lagerverwalter beschäftigt und in Geldschwierigkeiten war, hat die Waffen den Kommunisten zum Kauf angeboten, und diese haben von dem Angebot Gebrauch gemacht."

Damit ist der Schwindel vom „kommunistischen Waffendiebstahl" zusammengebrochen und zugegeben, daß es sich um ein Lockspitzelattentat handelt. Die Waffen wurden angeboten, natürlich nicht, weil sich ein Beauftragter der Reichswehr in Geldverlegenheit befand, sondern weil man Gründe zum Verbot der KPD. konstruieren will. An der Lockspitzelmache würde auch nichts ändern, wenn es sich herausstellen sollte, daß Arbeiter darauf hereingefallen wären. **Die sozialfaschistische Lügenhetze ist schon jetzt gründlich entlarvt.**

Severing putscht gegen die KPD.

Der Hintergrund des Putschgeschreies — Die schmutzigen Finger des Oberst Nicolai — Mahrauns Kriegshetze gegen die „Asiaten" — National- und Sozialfaschisten als gemeinsame „Retter" des Kapitalismus

Severing sprach nach einer Rede auf dem fünfjährigen Jubiläum der Vereinigung für polizeiwissenschaftliche Fortbildung (oder besser im Klub der Spezialisten zur Verfolgung der Arbeiterbewegung) nach einer wüsten Kommunistenhetze auch davon, daß die Nationalsozialisten **geheime Vorbereitungen zu Putschen trüfen.** Das sozialfaschistische Berliner Polizeiorgan, das „Tempo", bringt fast gleichzeitig einen Artikel, in dem es heißt

„die Zeit der parlamentarischen Demokratie ist abgelaufen . . . man spricht wieder einmal von Diktatur."

Dann wird auf ähnliche putschistische Pläne hingewiesen, wie in der Rede Severings. „Acht Uhr Abendblatt", in dem Severing bekanntlich wiederholt Artikel veröffentlicht hat, wird ein Brief des berüchtigten Oberst Nicolai, der jetzt in Nordhausen am Harz wohnt, veröffentlicht. Nicolai war während des Krieges ein Leiter des Nachrichten- oder besser Spitzelwesens, er hat großen Einfluß auf die Führung des Stahlhelm,

ist aber nachgewiesenermaßen der Vertrauensmann des Reichsbanners und der Sozialfaschisten in den Rechtsorganisationen. Er ist ein Element, das schließlich alle gegen alle bespitzelt.

Der erwähnte Brief, der sich an die Stahlhelmführer richtet, enthält einen Reiseplan durch Groß-Berlin, Mecklenburg, Niedersachsen, Oldenburg, Hannover, Braunschweig, Harzgau und Mitteldeutschland und sagt, daß diese Reise der Ueberprüfung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen und Schichtungen rund um den Stahlhelm gilt. „Von Anfang April ab wird mit dem Beginn der Arbeit gerechnet", heißt es dann vielsagend am Schluß.

Bei diesem abgekarteten Spiel mit Putschgedanken handelt es sich zunächst um ein großzügig angelegtes **Reklamemanöver Severings** für sein Republikschutzgesetz. Doch damit ist es gleichzeitig ein Manöver gegen die Kommunistische Partei. Und tatsächlich!

Aus der Zeitungsschreiberei über einen angeblich geplanten Rechtsputsch wird eine wüste Offensive gegen die Sowjetunion und die KPD.

Der schwarzroigold verfärbte „Jungdeutsche" unterschiebt dem Oberst Nicolai eine „probolschewistische Einstellung" und behauptet, daß die Rechtsputschisten „von vornherein auf ein Zusammengehen **mit Moskau** eingestellt" seien. Sogar die vom Stahlhelm selbst zugegebene Schwenkung desselben in die Front des französischen „Erbfeindes", die ein Teil der praktischen Organisierung der antibolschewistischen Kriegsfront ist, wird von Herrn Mahraun im „Jungdeutschen" als ein Manöver zur „Rückendeckung" für eine bolschewistenfreundliche Politik des Stahlhelm bezeichnet. Man muß schon wie Mahraun saure Milch im Gehirn haben, um einen solchen Unsinn zu glauben.

Als zum Beispiel der Kardinal Faulhaber kürzlich zur Offensive gegen den Bolschewismus aufrief, wurde er von den bayerischen Stahlhelmführern gebeten,

„die kirchlichen Stellen überall im Lande anzuweisen, für die Führung des Kampfes (gegen den Bolschewismus) sich mit den örtlichen Organisationen des Stahlhelm in Verbindung zu setzen".

Diese nicht wegzuleugnende Tatsache beweist die Unsinnigkeit der Behauptungen Mahrauns, der den Kampf der Arbeiterklasse als „Ansturm der Asiaten" bezeichnet und als Treuer Hüter des Geldsacks die Wächter der kapitalistischen Burg zur Wachsamkeit aufruft, denn: „die Moskowiten setzen die Leitern an". Aber das sind doch nur Beweise dafür, mit welcher Planmäßigkeit die Kriegsstimmung von Severing über Mahraun bis Goebbels gegen die Sowjetunion gesteigert wird.

Uebrigens plaudert das „Tempo" aus, daß es sich tatsächlich bei diesem Putschgeschrei um eine **gemeinsame Aktion** zwischen Faschismus und Sozialfaschismus handelt. Es stellt zunächst die Frage, was das geplante Direktorium der Rechtsputschisten mit den Kommunisten anzufangen gedenkt und antwortet: „Die läßt man **vor den Maschinengewehren sich totrennen!"**

Doch über die Sozialfaschisten sagt es gleich hinterher: „Führende Köpfe der Sozialdemokratie müssen in die „Regierung" (das Direktorium der Stahlhelmputschisten!) hinein."

Nach diesen Geständnissen brauchen wir nur noch festzustellen: Bei diesem ganzen Geschrei über einen geplanten Rechtsputsch und die Verbindungen zwischen Kommunisten und Rechtsputschisten handelt es sich **erstens um eine Severingsche Propagandaaktion für das Republikschutzgesetz, zweitens um ein weiteres Verleumdungs- und Verbotsmanöver gegen die Kommunistische Partei, drittens um eine Stimmungsmache zum Krieg gegen die Sowjetunion, und viertens um eine Vorbereitung der noch offenen Diktatur der Trustbourgeoisie und des Finanzkapitals, ausgeübt gemeinsam durch Faschismus und Sozialfaschismus, durch Severing, Hugenberg und Hitler, die als letztes Mittel der Bourgeoisie gegen den unaufhaltsamen Vormarsch der Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei geplant ist.**

Doch auch hier nach jeder Richtung hin: Vergebliche Mühe, Herr Severing! Einen zweiten März 1921 bereiten Sie der Kommunistischen Partei nicht mehr.

Jede Woche ein Reichswehr-Selbstmord

Groener setzt Denunziantenprämien aus! — Vier Köder, darunter ein eigenhändiges Anerkennungsschreiben und eine Uhr mit Gravierung Einige Judasse am Pranger!

Der Reichswehr-Unterfeldwebel Paul Falck, der seit acht Jahren der 8. Kompagnie des 9. Regiments angehört, erschoß sich in der Nacht zum Dienstag in der Kaserne zu Potsdam, Jägerallee. Er war für die Nacht Diensthabender und machte seinen letzten Rapport durch folgende Eintragungen in das Dienstbuch: „Um 0,10 Uhr erschoß sich der Unterfeldwebel Paul Falck. Das Wecken übernimmt der Gefreite Junker."

Dem Reichswehrministerium sind natürlich die „Motive unbekannt". Denn den hochbezahlten Herren Generalen ist es zu peinlich, zuzugeben, daß durchschnittlich jede Woche ein Reichswehrangehöriger aus wirtschaftlicher Not Selbstmord begeht.

Der Fall Falck ist der fünfte Selbstmord in der Reichswehr seit dem 1. Februar!

Inzwischen ist der Reichswehrminister Groener bemüht, die Soldaten ihre wirtschaftliche und politische Entrechtung vergessen zu machen, indem er **Denunziantenprämien für „Abwehr radikaler Zersetzungsangriffe"** aussetzt. Der Koalitionsminister der SPD. wirft vier Köder aus. Wer flugblattverteilende kommunistische Arbeiter festnimmt, bekommt entweder „ein besonderes Anerkennungsschreiben mit meiner eigenhändigen (!) Unterschrift" (darauf werden die Reichswehrsoldaten sicher besonders scharf sein!) oder Sonderurlaub oder vorzugsweise Beförderung oder „eine Uhr mit Gravierung".

So wird durch Ausbeutung der niedrigsten materiellen Instinkte das Denunziantentum gezüchtet.

Uebrigens sollen hier gleich einige im Heeres- und Marineverordnungsblatt lobend erwähnte Denunzianten revolutionärer Arbeiter namentlich festgehalten werden: Es sind die Gefreiten Leppin und Bösel von der 2. Kompagnie des Pionierbataillons 3 sowie die Matrosen Gefreiter Rammin vom Fischereischutzboot „Ziethen", Schimkath, JSDR., Unterberg und Michel, Linienschiff „Schleswig-Holstein" und Lendt vom Tender „Jagd".

Wir sind überzeugt, daß die Soldaten und Matrosen sich von diesen Denunzianten mit Verachtung abwenden werden. Im übrigen können die Groener und Räder sich darauf verlassen, daß weder Denunziantenprämien noch schärfste Strafen das Wachsen der Rebellion in der Wehrmacht werden aufhalten können, da sie,

die Reichswehr- und Marinekommandeure, die Gärung ja selber nähren durch den unmenschlichen Drill und die miserablen ökonomischen Bedingungen, denen die Mannschaften unterworfen sind.

*

Auf die von der **Kommunistischen Landtagsfraktion** gestellte Anfrage **nach den Einkünften der Polizeiwachtmeister Hobohm und Baumann,** die in Magdeburg und in der **Berliner Alexanderkaserne aus wirtschaftlichen Sorgen Selbstmord** begingen und nach einem etwaigen Eingreifen des Innenministeriums zur Linderung der wirtschaftlichen Not dieser Beamten hat der Innenminister jetzt geantwortet. Danach „lagen wirtschaftliche Sorgen und starke Verschuldung nicht vor", weswegen das Innenministerium auch nicht eingegriffen habe. Wozu nur zu bemerken ist, daß diese wirtschaftlichen Sorgen unmittelbar nach dem Selbstmord in den amtlichen Verlautbarungen, wie von der gesamten bürgerlichen Presse zugegeben worden sind. Sie werden ja auch verständlich, wenn man aus der Antwort des Innenministers erfährt, daß **die beiden Beamten im Monat 77 bzw. 83 Mark in bar ausgezahlt bekamen.**

Betriebe beschließen Proteststreik am 6. März

Halle, 5. März. (Eig. Bericht.) Die Belegschaften der Firmen Scheven und Richter-Merseburg beschlossen in ihren Belegschaftsversammlungen, am Donnerstag, den 6. März, mittags 12 Uhr in den Proteststreik zu treten. Die Belegschaften verpflichteten sich, gemeinsam mit den Erwerbslosen zu demonstrieren.

Einstündiger Proteststreik am 6. März

Berlin, 5. März.

Eine Betriebsversammlung des Lederbetriebes Salomon, Treptow, Lohmühlenstraße, beschloß gegen zwei Stimmen, am Donnerstag einen einstündigen Proteststreik durchzuführen.

Wieder zwei Bombenleger frei!

Berlin, 5. März. (Eig. Bericht.) Die Strafkammer III des Landgerichts I hat nach Hinterlegung von Kautionen neuerdings zwei der überführten Bombenleger, den Hofbesitzer Luhmann und den Eisenbahnbeamten Mahnke aus der Untersuchungshaft entlassen.

Keine Woche vergeht, in der nicht eine Anzahl der faschistischen Bombenleger aus der Haft befreit werden. Das zu gleicher Zeit, in der die Gerichte sich weigern, die kommunistischen Redakteure, die „wegen Fluchverdachts" verhaftet sind, freizulassen.

Industrieverband und SPD. gegen die Opposition

Mit dem Unternehmer gegen die Bauarbeiter

Die berüchtigte Baufirma Jakobowitz entließ am Montag den Betriebsratsvorsitzenden, Genossen Alfred Baum, mit der Begründung, daß er „seine Pflichten gröblichst verletzt habe".

Eine besondere Rolle bei dieser Maßregelung spielt der Industrieverbändler und „Revolutionär" Hermann Rätsch, der jederzeit, um seinen Posten als Betriebsrat zu halten, Konzessionen an die Sozialfaschisten und Unternehmer machte. Sozialfaschisten und einige irregeführte Industrieverbändler „stürzten" den revolutionären Betriebsrat, in den nun zwei kleine Jörgiebels einzogen — allerdings erst nach seiner Entlassung.

Sozialdemokratischer Brandstifter

Arbeitsamt in Brand gesteckt, um Unterschlagungen zu verbergen

Bochum, 5. März. (Eig. Ber.) Das Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, Emil Prell, der durch sein sozialdemokratisches Mitgliedsbuch Angestellter des Arbeitsamtes geworden ist, wurde von der Kriminalpolizei in Gelsenkirchen unter dem Verdacht der **vorsätzlichen Brandstiftung** verhaftet. Er hatte zahlreiche Unterschlagungen im Arbeitsamt gemacht. Um sich vor der Entdeckung zu schützen, legte er ein Feuer im Kellerraum des Arbeitsamtes an, in der Hoffnung, dadurch sämtliche Spuren zu verwischen.

Glanzleistung der Klassenjustiz

Wegen 45 Pfennig drei Monate Gefängnis

Das Schöffengericht in Frankfurt a. M. hat einen in Fechenheim bediensteten Postschaffner wegen Amtsvergehen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte bei seinen Dienstgängen die Erledigung von Briefen übernommen, für die ihm der Portobetrag in bar ausgehändigt wurde. Auf dem Postamt verwendete er in zwei Fällen gebrauchte Marken im Gesamtwerte von 45 Pfennig, die er mit dem Rollstempel erneut entwertete. Ein von der Verteidigung beim Oberstaatsanwalt eingereichtes Gesuch um Einstellung des Verfahrens wegen Geringfügigkeit — der Beamte ist 31 Jahre unbestraft im Dienst — wurde abschlägig beschieden. Gegen den Beamten ist ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung eingeleitet.

Ob die Klassenjustiz auch so „unerbittlich" gewesen wäre, wenn statt dieses „45-Pfennig-Verbrechers" ein 450 000 Mark-Großgauner gestanden hätte? Bestimmt nicht.

Streik in der Märkischen Tuchfabrik

Berlin, 5. März.

Gestern traten 75 Weberinnen der Märkischen Tuchfabrik, Wittenberge, in den Streik, weil sie bei der herrschenden Antreiberei auf ihren Akkordlohn von sage und schreibe 53 Pfennig pro Stunde nicht kamen. Der Direktor der Märkischen Tuchfabrik ist der Bruder des Chefredakteurs des „Vorwärts", Stampfer.

Die Empörung der gesamten Belegschaft ist groß. Es ist anzunehmen, daß noch im Laufe des heutigen Tages der Streik sich auf die übrigen Arbeiterinnen und Arbeiter des Betriebes ausdehnt. Die Kollegen müssen sich eine Kampfleitung wählen, die die engste Verbindung mit den Erwerbslosen aufnimmt. Weitere Ausdehnung des Streiks und revolutionäre Führung sichert den Sieg.

Der Justizetat in Preußen

In einer dreitägigen Sitzung des **Hauptausschusses des Landtags** wurde der Justizetat für Preußen vorberaten. Anknüpfend an eine Aeußerung des Zentrumsministers Schmidt, daß eine Vertrauenskrise der Justiz gegenüber nicht mehr bestehe, führte als Redner der kommunistischen Fraktion der Genosse Obuch aus, daß allerdings eine neue Epoche auch in der Justiz angebrochen sei. An die Stelle des Mißtrauens in die Unparteilichkeit der Justiz ist in den weitesten Kreisen der werktätigen Bevölkerung die klare Erkenntnis getreten, daß Staatsanwalt und Gericht nur Mittel der brutalen arbeiterfeindlichen **Staatsgewalt** sind.

Es ist bezeichnend, daß die Sozialdemokratische Partei für diese Justiz dem Minister **ihren Dank** abstattete und im übrigen ihre Kritik auf lächerliche Nebensächlichkeiten beschränkte. Die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien erschöpfte sich in einem öden Gezänk um die parteiliche Besetzung der gutbezahlten Posten in der Justiz.

Bei der Abstimmung stimmte der Hauptausschuß allen kommenden **Verschlechterungen** im Entwurf des Reichsstrafgesetzbuches zu und billigte mit den Stimmen der **Sozialdemokratischen Partei** auch die Vorlage des Republikschutzgesetzes durch die Reichsregierung. Diese Stellungnahme kennzeichnet den Kurs, den die Justiz zu nehmen gedenkt.

Severing braucht die Nazis

Zum fünfjährigen Jubiläum der Vereinigung für polizeiwissenschaftliche Fortbildung (oder besser des Klubs zur Erziehung von Spezialisten zur Verfolgung der Arbeiterbewegung) hielt Severing eine Rede, in der er hauptsächlich gegen die Kommunisten vom Leder zog. Dabei machte er die Bemerkung, daß die Nationalsozialisten **geheime Vorbereitungen zu Putschen** treffen. In Ergänzung dazu teilt das „Tempo" mit daß die Nationalsozialisten versuchen, zu Anfang April einen Putsch zu organisieren.

Es handelt sich mit diesen Meldungen zunächst nur um eine Aktion, die Severing zur weiteren Begründung seines Republikschutzgesetzes braucht, das natürlich nicht gegen die Nationalsozialisten, sondern nur gegen die Kommunisten, also gegen die revolutionäre Arbeiterklasse, angewandt werden wird.

Zum Internationalen Frauentag 1930

Kindererziehung in der sozialistischen Stadt

Von Lebedjewa (Moskau)

Wir stehen mitten in der Zeit einer durchgreifenden Umgestaltung aller Lebensformen. Damit erwächst eine neue Aufgabe — die Aenderung der Prinzipien des Städtebaus. Die neuen sozialistischen Städte Magnitostroi, Autostroi und Stalingradstroi, die sich im Aufbau befinden, werden z. B. so gebaut, daß die Errichtung von Häuserblocks für etwa 1000 Personen geplant ist.

Wie stellen wir uns die Kinderversorgung in diesen Städten vor?

Was Magnitostroi und Autostroi anbetrifft, so wurde uns gesagt, daß in diesen neu entstehenden Städten die ganze Bevölkerung, die weibliche wie die männliche, in gleichem Maße betriebstätig sein wird. Dort ist die Berechnung folgende: 12 000 Personen (davon 8000 unmittelbar im Betrieb und 4000 Gemeindearbeiter) d. h. 12 000 männliche und weibliche Einwohner nebst der auf eine solche Anzahl von Erwachsenen normal entfallenden Anzahl von Kindern. Um aber die weibliche Arbeitskraft in den Dienst der Industrie zu stellen, müssen wir 1. die Vergesellschaftung der hauswirtschaftlichen Funktionen, 2. die Vergesellschaftung der Beköstigung ins Auge fassen. Das ist eine logisch unabweisliche Konsequenz.

Wenn wir die weibliche Arbeitskraft von der Arbeit im Haushalt befreien, d. h. die Befreiung der Frau nicht nur als Losung, sondern real auffassen, müssen wir auch den zweiten Schritt tun, d. h. den Aufbau unserer Institutionen auf hundertprozentige Erfassung der Kinder unserer Gruppe einstellen. Dies sind etwa 10 bis 12 Prozent der erwachsenen Bevölkerung. Folglich müssen in unserem auf 1000 Einwohner berechneten Häuserblock, der aus mehreren 5- bis 6stöckigen Häusern bestehen wird, bestimmte Räumlichkeiten für Kinder vorgesehen werden, in denen — wir bezeichnen sie als Sektor — 100 bis 120 Kinder Aufnahme finden müssen.

Dieser Anstalt wird keine der bisherigen Anstalten vollkommen gleich sein, weder Kinderkrippe noch Säuglingsheim. Sie muß besser sein als unsere heutigen Säuglingsanstalten und muß dem längeren Aufenthalt der Kinder darin angepaßt sein.

Es entsteht die Frage, wo muß der Kindersektor untergebracht werden? Unser Standpunkt ist, daß er in unmittelbarer Nähe der Wohnungen der Erwachsenen sich befinden soll, ob es sich nun um das obere Stockwerk mit einem speziellen Fahrstuhl für Kinder handelt, oder um ein besonderes zweistöckiges Haus mit heizbaren Verbindungsgängen nach dem allgemeinen Häuserblock, um der Mutter die Möglichkeit einer raschen und bequemen Verbindung mit ihrem Kinde zu ermöglichen, ist unwesentlich. Der Mutter wird das Recht und die Möglichkeit gegeben, sich um ihr Kind zu kümmern.

Zur **Erziehung im Kindersektor** halten wir jedoch ein **speziell vorgebildetes und entlohntes Personal** für notwendig und bauen unsere Anstalten von diesem Standpunkt aus auf. Letzten Endes ist ja die mütterliche Erziehung durchaus kein Ideal.

Die Mütter werden in Betrieben, in Werkstätten arbeiten. Natürlich kann ein Teil der Mütter sich speziell für Erziehungsarbeit ausbilden, aber dann wird es eben Berufsarbeit mit Berufsausbildung sein. Wenn man meint, nach einem siebenstündigen Arbeitstag (drei bis vier Stunden sind ja erst für die entferntere Zukunft geplant) könne die Mutter sich mit der Erziehung ihres Kindes befassen, so darf man doch nicht vergessen, daß auch andere Aufgaben vor ihr stehen: Erhöhung ihrer Berufsqualifikation, um in der Produktion mit dem Manne gleichen Schritt zu halten; ferner Teilnahme an verschiedenen Zirkeln, Abendkursen, an öffentlicher Arbeit usw.

Welches sind die Hauptschwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben? Es ist die **Frage des Personals.** Es fehlt uns heute schon an vorgebildetem Personal. Diese Frage ist brennend; es ist eine Personalfrage nicht nur für uns, sondern auch für die Anstalten des vorschulpflichtigen und schulpflichtigen Alters, überhaupt für die Befriedigung aller Anforderungen, die der neue Aufbau an uns stellt. Ohne speziell vorgebildetes und zahlreiches Personal können die Kinderkrippen zu einer bloßen Kinderanhäufung ausarten, die jedes ersprießliche Arbeiten unmöglich macht. Wir haben gegenwärtig dem Institut für Mutter- und Säuglingsschutz die Aufgabe gestellt, mindestens 20 Personen für jeden Punkt vorzubilden, damit wir in jedem neuen Kindersektor mindestens zwei bis drei qualifizierte Kräfte haben. Diese Aufgabe wird in planmäßiger Weise vom Volkskommissariat für Bildungswesen gelöst.

Soldat erschießt Generalstabschef

Militärische Bürgerkriegsübungen zum 6. März

Reval, 5. März. Am Mittwoch früh um 4 Uhr fand in Reval ein Probealarm der Garnison und aller Selbstschutzverbände statt. Es handelte sich um einen kriegsmäßigen Alarm, der durch ununterbrochenes Sirenengeheul und Läuten der Kirchenglocken eingeleitet wurde. In wenigen Minuten waren die Garnison und das Schutzkorps kampfbereit und hatten Stellungen für den Straßenkampf bezogen.

Herbei schoß ein Soldat auf den Kraftwagen des Generalstabschefs, General Törwand. Der General wurde so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Sein Begleiter, der Kommandeur der Flugzeugabwehrartillerie, Major Ibrus, war auf der Stelle tot.

Offiziell wird angegeben, daß der Kraftwagen des Generalstabschefs auf einen Anruf des Wachtpostens nicht gehalten hat, worauf der Posten gemäß den Bürgerkriegsanweisungen den Schuß abgab.

Die Bürgerkriegsübungen wurden als Probealarm des Militärs gegen die für den 6. März erwarteten kommunistischen Demonstrationen durchgeführt.

Weltkampftag gegen Arbeitslosigkeit!

Hungerdemonstranten im Anmarsch auf Wien

Wien, 5. März. Trotz der erhöhten Polizeibereitschaft befinden sich starke Gruppen von Erwerbslosen aus allen Teilen Oesterreichs im Anmarsch auf Wien, um an den Demonstrationen zum Weltkampftag gegen die Arbeitslosigkeit teilzunehmen. Zum Teil befinden sich die Hungerdemonstranten bereits seit vierzehn Tagen auf den Landstraßen, ständig auf der Hut vor Ueberfällen durch die Polizei. Die gesamte Gendarmerie ist Tag und Nacht auf den Beinen, um die Erwerbslosen abzufangen und zu verhaften.

Einem Trupp von 20 Arbeitslosen aus Obersteiermark wurde der Weg durch die Polizei abgeschnitten. Obwohl sie sich zur Wehr setzten, wurden 13 von ihnen durch Gendarmerietruppen verhaftet. Den übrigen sieben Mann gelang es zu fliehen.

Eine große Anzahl der Hungerdemonstranten aus allen Gegenden sind bereits in der Hauptstadt eingetroffen.

Die Wahlen in Brasilien

TU. London, 5. März. Nach den letzten amtlichen Ziffern ist bei den brasilianischen Präsidentschaftswahlen der konservative Kandidat Dr. Prestes mit 660 069 Stimmen gewählt worden. Für den konservativen Kandidaten, für den Posten des Vizepräsidenten, Vital Soares, werden 656 221 Stimmen verzeichnet. Der Kandidat der liberalen Vereinigung für die Präsidentschaft, Vargas, erhielt nach den amtlichen Ziffern bisher nur etwa 90 000 Stimmen, während private Zählungen davon sprechen, daß die Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen der Stimmenzahl für Dr. Prestes sehr nahekomme. Der Sieg des Konservativen gilt trotzdem als gesichert.

Versammlungsverbot in der Tschechoslowakei

Prag, 5. März. Die Polizei hat ein Verbot der für den 6. März angekündigten kommunistischen Volksversammlungen und des geplanten Umzugs erlassen. In Prag wurden 18 Mitglieder des Aktionsausschusses der Erwerbslosen verhaftet.

In der Zentrale der Kommunistischen Partei, in den Büros der proletarischen Organisationen sowie bei Funktionären wurden rigoros durchgeführte Haussuchungen abgehalten.

Sofia, 4. März. Am Dienstag wurde in Sofia der bekannte Anhänger der mazedonischen Protogeroff-Partei, Pundeff, am hellichten Tage mit seinem Leibwächter von drei Unbekannten durch mehrere Revolverschüsse niedergestreckt. Beide waren sofort tot.

Siegeszug der Kollektivierung

Moskau, 5. März. Die Anzahl der Kollektivwirtschaften in der Sowjetunion beträgt, wie die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion mitteilt, nach den neuesten Veröffentlichungen 108 800, d. h. 53 Prozent aller Bauernwirtschaften. Ihr Flächengehalt beläuft sich auf 83 Millionen Hektar, 42 Prozent des Arbeitsviehs sind in den Allgemeinbesitz übergeführt. In der gesamten Sowjetunion ist ein Vorrat von 43 560 000 Zentner Saatkorn gesammelt worden, wovon 36 Millionen Zentner von den Kollektivwirtschaften aufgebracht wurden.

Arbeitslosenkämpfe im Jahre 1848

Pariser Parlament von Erwerbslosen gestürmt
Der Auftakt zum Juni-Aufstand

„Die französische Bourgeoisie hatte längst das Dilemma Napoleons gelöst: ‚Europa wird in fünfzig Jahren republikanisch oder kosakisch.' Sie hatte es gelöst in der kosakischen Republik."
Marx: „Der 18te Brumaire des Louis Bonaparte."

Mit dem Heranrücken der Ziele des Klassenkampfes in greifbare Nähe hat das Proletariat seine Kampfweise ausgebildet, verfeinert; die Methoden des Widerstandes haben sich modernisiert. Aber sowohl in der Strategie als noch vielmehr in der Taktik können wir vieles aus den historischen Kämpfen der Vergangenheit lernen. Nicht nur die täglich neuen Erfahrungen schärfen die proletarischen Waffen, auch die Lehren aus den ersten Massenkämpfen tragen zur Kristallisierung der Abwehr- und Angriffsmethoden des Proletariats bei.

Liest man mit der nötigen Umwertung der Verhältnisse, der Lage der agierenden Klassen, die parlamentarischen Berichte aus dem Jahre 1848, so erstehen ganz bekannte Bilder und Gestalten vor uns. Die schielenden Fratzen der damaligen Ordnungsbürger, von Daumier für alle Ewigkeit festgehalten, sind im Ausdruck anders, als die feisten Gestalten, die Grosz im „Neuen Gesicht der herrschenden Klasse" zeichnet. Die schnaubende Wut, sobald die Massen sich regen, das zufriedene Lächeln, wenn die heilige „Ordnung" wiederhergestellt ist, sind die gleichen geblieben.

Drei Monate, nachdem die bewaffneten Arbeiter auf den Barrikaden den Sieg der Februarrevolution in Paris ertrotzt hatten, waren die alten Mächte der Gesellschaft drauf und dran, den Sieg des Proletariats auf parlamentarischem Wege in den ihrigen umzuwandeln, die Resultate der Revolution ordnungsgemäß in gutbürgerliche Reformen umzumünzen. Die sozialen Probleme, die der bewaffnete Prolog auslöste, waren weiter als je von ihrer Lösung entfernt. Die Arbeiterklasse ließ sich aber weder mit rührseligen Phrasen der Deputierten einlullen, noch mit Kartätschen der Ordnungsbestie abfinden. Selbst noch unklar, ohne eine festgefügte und zielklare Führung, aber durch den verkürzten Anschauungsunterricht der Ereignisse geweckt, verfolgte sie mit wachem Instinkt die widerwärtige parlamentarische Komödie und rüstete am 15. Mai 1848 zu einer großen außerparlamentarischen Aktion zur Bekräftigung ihrer sozialen und politischen Forderungen. Auch damals stand die katastrophale Erwerbslosigkeit im Vordergrund.

Kurz nachdem der Präsident der Nationalversammlung eine Petition um Arbeit und Brot verlas und auf dem schon damals üblichen Weg in den Papierkorb beförderte, d. h. einem Ausschuß zur Beratung überwies, ertönten von außen die Rufe der Demonstranten. Kaum schleuderte ein Abgeordneter die pathetischen Worte in den Saal: „Frankreich wird diese wahrhaft republikanische Politik anwenden, die vor allen Dingen im Vertrauen auf die Macht der Idee, die Macht der Gerechtigkeit besteht . .", als schon die Macht der Massen sich zeigte. Umsonst die lahmen Protestrufe gegen den undemokratischen Zutritt der Volksmenge ins Heiligtum der Nation, umsonst die ständigen Ordnungsrufe; die Worte des glockeschwingenden Haus-Löbe gehen im Tumult der Zuschauertribünen unter, die von den schluchzenden Damen und Herren fluchtartig verlassen und im Moment von demonstrierenden Arbeitern besetzt werden. Die Masse stürzt in den Saal. Unter der kräftigen Versicherung: „Wir werden diejenigen rausschmeißen, die es verhindern wollen, daß das Volk zu Wort kommt!", wird eine Petition verlesen. (Die Demonstranten wurden bald eines Besseren belehrt, als mit Petitionen zu kämpfen.) Blanqui, „der wirkliche Führer der proletarischen Partei" (Marx), fordert die Bestrafung der Urheber der Massaker, die einige Tage vorher in der nordfranzösischen Stadt Rouen stattfanden, Arbeit und Brot für die Werktätigen.

Die Stimmung im Saal wird immer unparlamentarischer. Als Herr Ledru-Rollin alias Scheidemann zu flöten beginnt: „In der Februarrevolution habt ihr eure Weisheit, eure Vernunft bewiesen. Mit dieser bewundernswerten Nüchternheit, die dem Pariser Volk eigen ist, das nicht betrogen werden will . . .", schallt es ihm im Chor entgegen: „Du hast uns schon einmal betrogen!" Und als der starke Mann im Haus verordnet, „daß die unbefugten Personen sofort den Saal verlassen" sollen, muß er sich von einem Arbeiter mit erhobener Hand sagen lassen: „Du hast kein Recht hier zu reden, Maul halten!"

Die Forderungen werden immer gebieterischer: „Gerechtigkeit für die Opfer der Massaker! Krieg gegen die Unterdrücker Polens! Nieder mit den Ministern! Arbeit! Bestrafung der Massenschlächter von Rouen!" Aber die Republikaner aller Schattierungen spielen ein Spiel mit verteilten Rollen. Während die Linken (soll heißen Sozialdemokraten) die drohenden Massen zur „Ruhe", „Ordnung", „Besonnenheit" usw. mahnen, arbeiten die Herren von rechts fieberhaft an der Herenziehung der Nationalgarden (Reichswehr, Marke republikanisch). Es gelingt, die Demonstranten mit Waffengewalt aus dem Saal zu drängen, aber vor dem Stadtparlament formieren sie wieder ihre Reihen und ernennen, allerdings diesmal noch ohne Erfolg, eine neue Regierung.

Kaum sind die Arbeiter gegangen, finden die verängstigten Abgeordneten ihre Sprache wieder. Herr Garnier-Pages, Mitglied der Regierung, verkündet unter donnerndem Applaus: „Die verschwörerischen Klubs (die damaligen radikalen Organisationen) sind verboten. Das Versammlungsrecht in allen Ehren, da die glorreiche Revolution vom 24. Februar dem Versammlungsrecht zu verdanken ist; aber die Klubs, die sich bewaffnet versammeln, die ständig die Nationalversammlung bedrohen, diese Klubs werden wir zerstreuen, verfolgen. Wir sind entschlossen, die Staatsmacht energisch zu verteidigen . . . Wir wollen alle eine feste, rechtschaffene und gemäßigte Republik . . . Wir werden die wirkliche Brüderlichkeit zu ihrem Rechte kommen lassen; nicht die ausschließende Brüderlichkeit, die andere verwünscht und beschimpft, sondern diejenige, die tatsächlich die Liebe für alle im Herzen hegt und die die wahren Interessen des Volkes kennt, vor allem anderen Ordnung und Arbeit . . ."

Der Maidemonstration folgte die Juniinsurrektion, „das kolossalste Ereignis in der Geschichte der europäischen Bürgerkriege". Hier wurde nicht mehr mit Petitionen gekämpft, sondern mit Barrikaden.

Alfred Braun in englischen Kirchen

Während heute in vielen Kirchen schon Lautsprecheranlagen zur Verbesserung der Akustik benutzt werden, ist es noch eine Ausnahme, wenn man in einer Kirche über eine Empfangsanlage verfügt. Der Vorstand einer Kirche in Bath (England) hat nun beschlossen, in der Kirche eine Rundfunkempfangsanlage aufstellen zu lassen. Hiermit soll die Morgenandacht von Daventry zu Gehör gebracht werden. Die Vorübergehenden werden eingeladen, sich diesen Gottesdienst in der Kirche anzuhören. Amen-Amen.

Rund um den Erdball

Geisterbeschwörer im Waldenburger Bergrevier

Nationaler Betrüger darf monatelang mit Duldung der Polizei sein Unwesen treiben

Seit Jahren herrscht im Waldenburger Bergrevier grenzenlose Not und Armut unter den Familien der wie chinesische Kulis entlohnten Kumpels. Pfaffen und Sektierer treiben hier von jeher ihr Unwesen zur hellen Freude und mit tatkräftigster Unterstützung der profitierigen Kohlenbarone. Darum haben sie auch dem gerissenen Hochstapler und Betrüger Hillebrandt monatelang gestattet, daß er mit allerlei religiös-phantastischem Hokuspokus die leichtgläubige Bevölkerung auf die raffinierteste Weise um die letzten schwerverdienten Pfennige schröpfen konnte.

Jetzt endlich hat man diesem Großgauner wegen Betrugs das Handwerk gelegt. Hillebrandt, ein ehemaliger Artist, der in Bars und Kabaretts als Trapezkünstler und „Todesspringer" aufgetreten ist, bezeichnete sich selbst als „Geisterbeschwörer".

Allem Anschein nach ist er bei Weißenberg in die Lehre gegangen, denn wie dieser, gibt auch Hillebrandt seinen „Verheißungslehren" einen nationalen Anstrich.

Er bezeichnet sich als Führer und Hochmeister der **„Großdeutschen Volksgemeinschaft"**. Bis ins kleinste hinein schildert er renommistisch die Organisation dieser Bewegung, die einen umfangreichen „Sicherheits- und Geheimdienst" haben sollte, dem u. a. auch sämtliche Postflugzeuge der Strecke Warschau—Prag angehören sollten. Um seine nationalen Gläubigen weiter schröpfen zu können, faselte er einmal von einem Zusammenstoß „seines Sicherheitsdienstes" mit Kommunisten, worauf er befohlen habe,

200 Kommunisten standrechtlich zu erschießen. Die Exekution sei auch durchgeführt worden, doch niemand habe davon etwas bemerkt (!). Seine Leute hätten die 200 Leichen mit Benzin übergossen, mit Kalk bestreut und dann angezündet.

Eine zweite Streife seines Sicherheitsdienstes, erzählte er bei einer anderen Gelegenheit, sei im

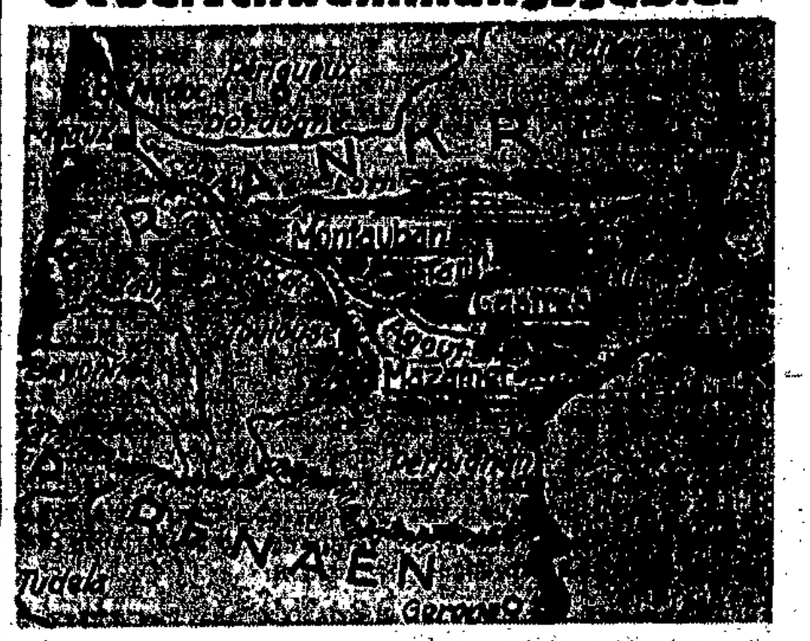
Waldenburger Revier auf eine Teufelsanbeter-Bande gestoßen, die auf einem glühenden Ofen Menschenopfer darbrachten. Weitere Opfer seien an Händen und Füßen zusammengebunden zwischen Bäumen aufgespannt gewesen und einem dritten Teil der Opfer hätten die Teufesanbeter die Pulsadern durchschnitten und sie verbluten lassen.

In diesem Augenblick sei ER mit seinem Sicherheitsdienst erschienen. Wie ein Rachegott sei er dazwischengetreten, um diese Brut zu vernichten. Doch da habe sich die Erde aufgetan, die Teufelsanbeter seien mit Wagen und Pferden in die Erde verschwunden. Nur ein langer Brandstreifen habe noch die Stelle bezeichnet, wo die Erde sie verschlungen habe. Besonders „hartleibige" Gläubiger dupierte er

mit seiner Verbindung mit der Entente, die ihm Elsaß-Lothringen versprochen und ihm die Königskrone von Polen durch Vermittlung der polnischen Fürstin Radziwil angetragen habe.

Liest ein aufgeklärter Arbeiter diese unmöglichen Schauermärchen eines nationalen Betrügers, so ist er versucht, sich an den Kopf zu fassen und auszurufen: Das ist ja unmöglich! Nein, Arbeiter, wo der Pfaffe im Hause ist, der Gummiknüppel der kapitalistischen Staatsautorität regiert und die Hungernden mit der Sättigung im Jenseits vertröstet werden, geht allemal die Vernunft zum Teufel! Aufgabe der revolutionären Arbeiterbewegung ist es, auch in diesen abgelegenen Gegenden des schwärzesten Mittelalters, wie es beispielsweise gerade das Waldenburger Bergrevier darstellt, das Klassenbewußtsein zu stärken und die Arbeiter zum Kampfe gegen das fluchwürdige System zu mobilisieren.

Das südfranzösische Ueberschwemmungsgebiet

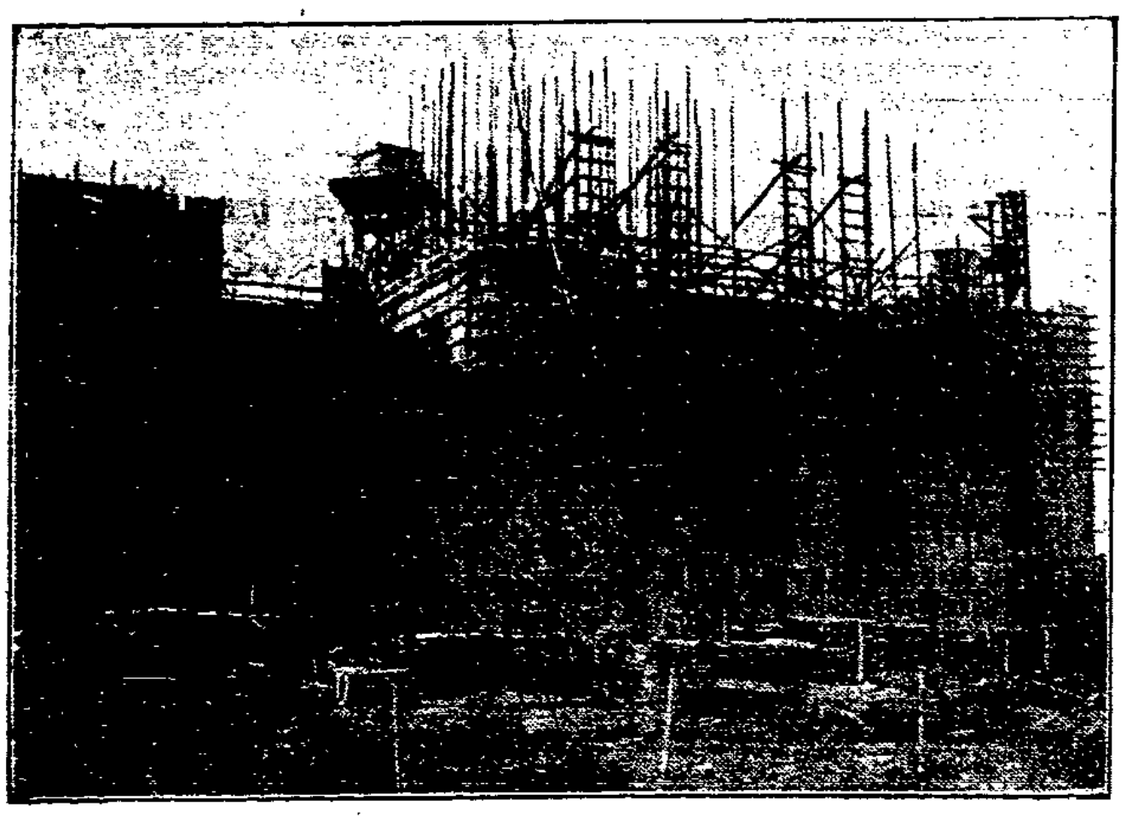


Die Ueberschwemmungen in Südfrankreich haben, wie wir bereits gestern meldeten und heute ergänzten, einen geradezu katastrophalen Charakter angenommen. Große Landstrecken sind einfach in den Fluten verschwunden, die Hänge der Weinberge fortgeschwemmt, Eisenbahndämme zerstört und zahlreiche Häuser durch Unterspülung vollkommen eingestürzt. Der Tunnel von Malpes ist zusammengebrochen. In der Gegend von Castres ist es geradezu unmöglich, Hilfe heranzubringen, verzweifelte Rufe dringen von den Dächern der unterspülten Häuser. An den Ufern der Tarn ist die Gefahr besonders groß. Hier ertranken auch bei der Rettungsaktion 10 Soldaten.

220 Tote

Noch ein Staudamm gebrochen — Qualvoll langsame Rettungsaktion

Nach französischen Meldungen scheint der Höhepunkt der Ueberschwemmungsgefahr nunmehr überschritten zu sein. In dem von den Städten Moissac, Carcassonne und Albi bestimmten Dreieck, in dem die Ueberschwemmung am stärksten war, hat endlich der Dauerregen aufgehört. Immerhin stehen noch in dem obengenannten Bezirk ganze Häuserviertel unter Wasser oder wurden von den Fluten fortgerissen. In Montauban erwarten Hunderte von Einwohnern auf den Dächern in Todesangst das Herannahen der Retter. Die Kähne und Pontons, mit denen die Rettungsaktionen durchgeführt wurden, erwiesen sich als vollkommen ungenügend. Wilde Gerüchte durchlaufen ganz Südfrankreich, man spricht von 220 Todesopfern. Im Laufe der Nacht zum Mittwoch ist in Moissac noch ein Damm gebrochen, wodurch zwei Stadtteile vollkommen von Wassermassen überflutet wurden und weitere Menschen umkamen. Die unermüdlich durchgeführten Rettungsarbeiten gehen qualvoll langsam vorwärts. Die Telephon- und Telegraphenverbindungen sind im ganzen Ueberschwemmungsgebiet vollkommen unterbunden.



Sowjethaus in Dagestan vor der Vollendung

In Machatsch-Kala, Hauptstadt der Dagestanischen autonomen Sowjetrepublik, steht der gewaltige Bau des „Hauses der Sowjets" kurz vor seiner Vollendung. Sämtliche Regierungsinstitutionen der Dagestanischen Sowjetrepublik sowie eine große Anzahl von Büros und Klubräumen für Arbeiterorganisationen werden darin untergebracht.

Revolte im Zuchthaus Lille

Im Zuchthaus von Lille in Frankreich versuchten gestern 65 Strafgefangene einen Massenausbruch. Sie überfielen im Arbeitssaal den wachthabenden Beamten und raubten ihm sein Schlüsselbund. Doch nützten den Gefangenen die geraubten Schlüssel wenig, da die Tür von außen verriegelt war. Der Posten auf dem Korridor entdeckte die Revolte und schlug Alarm, wodurch der von langer Hand vorbereitete Ausbruchsversuch vereitelt wurde. Nur einem Gefangenen gelang es, in dem allgemeinen Durcheinander zu fliehen. Er war bereits über zwei Mauern geklettert, als er in eine unter Starkstrom stehende Drahtsperre geriet. Schwerverletzt wurde er ins Gefängnislazarett eingeliefert.

20 amerikanische Flugzeuge verbrannt

In Atlanta im Staate Georgia ist ein großer Flugzeugschuppen mit den darin untergebrachten 20 Flugzeugen durch Feuer vollkommen vernichtet. Der Brand konnte darum einen so großen Umfang annehmen, weil die Fernsprechanlage versagte und sich bei verspätetem Eintreffen der Feuerwehr herausstellte, daß nicht genügend Wasser in der Umgebung des Flugplatzes zu beschaffen war.

Fünf schwedische Fischer ertrunken

Fünf Fischer aus Horup, an der Westküste Schwedens gelegen, die am Mittwoch vormittag zum Fischfang ausfahren wollten, sind mit ihrem Boot gekentert und ertrunken. Sie standen im Alter von 30 bis 50 Jahren.

Russischer Eisbrecher im Packeis eingeschlossen

Nach Moskauer Meldungen hat die Sowjetregierung ein Radiotelegramm vom russischen Eisbrecher „Sedow" erhalten, der im Polarmeer im Packeis festgeklemmt ist. Alle bisherigen Versuche des Eisbrechers, sich von den Eismassen zu befreien waren ohne Erfolg. Der „Sedow" hat funkentelegraphische Hilferufe von zwei anderen Eisbrechern aufgefangen, die ebenfalls im Eise festliegen und sich in großer Seenot befinden.

Brandkatastrophe in einem italienischen Kino

Vier Filmoperateure im Vorführungsraum verbrannt — Der Todessprung aus dem Fenster — Unbeschreibliche Panik unter den Kinobesuchern

In einem Kino in der italienischen Stadt Chieti brach bei einer Filmvorstellung im Vorführungsraum plötzlich ein Brand aus. Während im vollbesetzten Zuschauerraum eine entsetzliche Panik entstand, wobei viele Besucher zu Schaden kamen, spielten sich im Vorführungsraum wahre Schreckensszenen ab.

Hier, in dieser hermetisch vom Zuschauerraum abgeschlossenen Vorführungszelle, befanden sich zur Zeit der Katastrophe vier Personen eingepfercht.

Die Filmrolle fing aus unbekannten Ursachen Feuer und die Stichflamme erfaßte im Nu die Besatzung der Todeszelle.

Der Mechaniker stürzte sich als lebende Brandfackel durch das Fenster, das sieben Meter hoch gelegen war, auf die Straße. Sein Hilfsmechaniker und zwei Freunde verbrannten bis zur Unkenntlichkeit. Der Mechaniker, der mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus geschafft wurde, befindet sich in hoffnungslosem Zustand. Mit seinem Ableben ist stündlich zu rechnen. Als die sofort alarmierte Feuerwehr am Ort der Katastrophe eintraf, war das Feuer in der der Vorschrift gemäß betonierten Vorführungszelle erloschen.

29 japanische Matrosen ertrunken

Bei dem Untergang des japanischen Dampfers „Fukuju Maru" sind nach Tokioter Meldungen 29 Mann der Besatzung ertrunken. Der Kapitän und zwei Matrosen konnten gerettet werden.

Bergrutsch-Katastrophe auf Madaira

Am Kap Giraw auf Madaira lösten sich plötzlich gänzlich unerwartet gewaltige Felsmassen, die mit Donnergeräusch in die See stürzten, gerade in dem Augenblick, als sich viele Personen am Strande befanden. Es gab zahlreiche Tote und Verwundete.

Heraus mit den bürgerlichen Rundfunkzeitungen

Neuerscheinung!

Am Freitag, dem 7. März 1930, erscheint wöchentlich, jeden Freitag der

Arbeiter-Sender

Der „Arbeiter-Sender" ist 44 Seiten stark, enthält das gesamte Berliner- und Auslandsprogramm, ist reichhaltig illustriert. — Mitarbeit prominenter Techniker zum Basteln, Anleitung zur Beseitigung von Störungen, Mitarbeit von Arbeiterfunkkorrespondenten. Roman. Erscheint mit den Mitteilungen des Freien Radiobundes Deutschlands, des Hörerkreises der Funkstunde e. V., der Opposition im Arbeiter-Radio-Bund.

Preis 25 Pf., im Abonnement 90 Pf. monatlich

Zu bestellen bei dem Verleger, Artur Müller, Berlin N 54, Lindenstraße 28.

Außerhalb erhältlich bei allen Spediteuren und Austrägern unserer Zeitung, sowie bei allen Literatur-Kolporteuren.

Bestellschein

Ich bestelle hierdurch den

„Arbeiter-Sender"

zum Abonnementspreise von 90 Pf. monatlich

Name und Adresse.

Breslau

Die Vorstrafe

Kaum hat der Angeklagte seinen Namen genannt, noch wurde r nicht gefragt, ob er sich zu der Tat bekennt oder nicht, und schon eginnt der Richter in einem Bündel Akten zu blättern und vorulesen. Nein. Nicht „vorzulesen", „vorzuhalten". Dem Angeklagten. Die „Vorstrafen".

Das Wort an sich ist schon ein Monstrum. Sagt: „Vor"strafe. Also es war schon eine Strafe **vor** der Tat da. Und wer einmal lügt (ein widerlich moralischer Spruch), dem glaubt man nicht usw., nd ebenso ist es, wenn einer einmal ein Brötchen geschnappt oder n einem Wartesaal übernachtet oder ein auf Stottern gekauftes Fahrad versetzt hat ... Der ist vor dem Richter kein Mensch, der früher ereits Not gelitten hat ... nein, der ist „vorbestraft". Und entprechend muß die Strafe ausfallen

Das „Rote Kabarett" wiederum ein voller Erfolg

Nachdem am Freitag das von der „Ifa" veranstaltete „Rote Kabarett" derartig überfüllt war, daß Hunderte umkehren mußten, wurde die Veranstaltung gestern nachmittag zu ermäßigten Eintrittsreisen wiederholt. Wiederum war der Zentralballsaal **dicht** esetzt. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Erwerbslosen den Vorgängen auf der Bühne. Bis auf einige Aenderungen wurde das Freitagprogramm gegeben. Jede seiner Nummern fand stürmischen, ich ständig steigernden Beifall. Von den Mitwirkenden seien besonders erwähnt die Mitglieder der Vereinigten Theater Alfred **Jalthoft**, Ernst **Kiefer**, Leo **Lindtberg**, Karl **Paryla**, Raja **Sering**, Vera **Spohr**; Kurt **Tirpitz**, der konferierte. Leo Raja **Sering**, Vera **Spohr**; Kurt **Tirpitz**, der konferierte; Leo **Berl** und Nora **Seelig** in ihren musikalischen Darbietungen und Genosse **Robens**, der zu dem Lichtbildstreifen „Deutschland, Deutschand über alles" sprach. Auch das **Orchester** sowie der **Sprechchor** der „Ifa" und der Musikverein „**Freiheit**" fanden stärkste Anerkennung.

Raubüberfälle

Ein Schuhmachergeselle aus **Brockau** wurde, als er seine Braut nach Dschechnitz begleitete, in der Nähe von Breslau-Tschansch plötzich von drei Männern überfallen, schwer mißhandelt und seiner Nickelhr bestohlen. Die Täter ließen den Ueberfallenen alsdann im Chausseegraben **liegen** und verschwanden in der Dunkelheit. Der Begleiterin des Ueberfallenen geschah nichts. — Weiterhin wurde ein **Kaufmann** von der Lohmgrubenstraße, als er mit seinem Freunde essen Kraftwagen besteigen wollte, plötzlich von etwa 10 bis 12 ungen Burschen überfallen und solange geschlagen, bis er besinnungslos liegen blieb. Die Täter entwendeten ihm den Hut, aus der Manteltasche etwa 10 Mark und verschwanden dann in den Nebentraßen.

Straßenunfälle. Am **Dominikanerplatz** wurde die Frau Anna Sch. von einem Motorradfahrer umgefahren und an Kopf und Füßen verletzt. — An der Straßenkreuzung **Bohrauer**- und **Augustastraße** wurde der Ingenieur Paul P., Mehlgasse wohnaft, von einem Motorradfahrer umgefahren und verletzt.

Der bestohlene Gabeljürge. Dem Gabeljürgen, der auf dem Springbrunnen am Neumarkt seit uralten Zeiten eine Gabel in die Höhe reckt, wurde in der Nacht die Bronzegabel gestohlen.

Die Mieterkundgebung im „Schießwerder"

Stope wird als Bremser bezeichnet — Es gilt, die Kampfbasis zu erweitern

Gestern fand im „Schießwerder" die Kundgebung der Breslauer Neubaumieter statt. Der aus Berlin verschriebene Referent, ein gewisser Hans **Beck**, blieb in seinen Ausführungen an der Oberfläche der Erscheinungen haften. Er sagte u. a., die Lösung der Wohnungsfrage in der Zeit der Krise sei nicht so einfach, der Druck auf die Regierung und sonstigen Behörden müsse verstärkt werden, man müsse einen **Teil** (!) der Young-Plan-Lasten auf die Schultern der Besitzenden abwälzen, Einigkeit mache stark. Alles Dinge, die vom Geist bürgerlicher Demokratie beschattet sind und deshalb zur Beseitigung der Wohnungsnot untauglich sind.

In der **Diskussion** sprach als erster unser Genosse Landtagsabgeordneter **Wollweber**. Der Mietspreis kann nicht von den Gestehungskosten abhängig gemacht werden, weil man ohne Wohnung nicht leben kann. Die Auffassung des Reichsarbeitsministers Wissell, daß nur diejenigen als Wohnungsuchende betrachtet werden müssen, die die **Wohnung** auch **bezahlen** können, muß auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. **Wollweber** liest einen Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion aus dem Jahre 1928 vor, der konkrete Vorschläge zu einem großzügigen Wohnungsbau macht. Dieser Antrag wurde von **allen** Parteien, einschließlich der SPD., **abgelehnt**. Das war gerade die Zeit, wo der Bau des **Panzerkreuzers** A beschlossen wurde. Wollen die Mieter Erfolge in ihrem Kampfe haben, so dürfen sie von den Appellen an Regierung und Behörden nichts erwarten, sondern müssen den **Kampf** organisieren. Ihre stärkste Waffe ist die **Zahlungsverweigerung**. Der Kampf der Zimpeler Neumieter muß sofort **erweitert** werden. Starker **Beifall**.

Nach **Wollweber** versuchte der Sozialdemokrat **Stope** seine Weisheiten darüber, wie die Sozialdemokratie Mieterinteressen vertritt, an den Mann zu bringen. Doch die Versammelten wollten ihn nicht hören, was in zahlreichen Zwischenrufen zum Ausdruck kam. Der Zwischenruf „**Bremser!**" war mehrere Male zu hören. **Stope** behauptete, das wichtigste sei im Moment, in **Verhandlungen** mit der Siedlungs-A.-G. zu kommen.

Demonstrativer Beifall setzte ein, als ein Bewohner der Baracken das Wort ergriff und am Schluß seiner Ausführungen betonte, daß

erst der Sturz der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung die Wohnungsfrage endgültig lösen wird.

Nach einem aus drei Sätzen bestehenden Schlußwort des Referenten war die Kundgebung zu Ende. Vor dem Schlußwort wurden zwei Entschließungen angenommen. Die **eine** fordert vom Magistrat die Durchführung der in der letzten Stadtverordnetenversammlung gefaßten Beschlüsse, insbesondere Anbahnung von Verhandlungen mit der Siedlungs-A.-G. Die **andere** stellt eine Reihe von allgemeinen Forderungen auf, die den Bau von Wohnungen zu erschwinglichen Preisen ermöglichen sollen. Sie endet mit einem Appell, statt mit **konkreten Kampfbeschlüssen**.

Die gestrige Kundgebung hat eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß die Mieter nicht länger gewillt sind, sich alles gefallen zu lassen. Sie wollen kämpfen. Worauf es jetzt ankommt, ist, daß man diesen Kampfwillen in die richtigen Formen gießt. Begnügt man sich mit der Abhaltung von Versammlungen und Annahme von Resolutionen mit Appellen an die Behörden — so wird die Erfolg versprechende Bewegung zur Freude der Hausagrarier im Sande verlaufen. Man muß **Streiks** organisieren, Streiks zur Abwehr der drohenden Verschlechterungen und zur Durchsetzung von Mietensenkungen.

Antwortet auf die Justizaktion!

(Arbeiterkorrespondenz.)

Immer schärfer wird der Terror der sozialfaschistischen Staatserhalter, immer schärfer die Diktatur der „demokratischen" Minister und deren Steigbügelhalter, immer größer und zahlreicher die blutigen Polizeimassakers gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Mit allen nur erdenklichen Mitteln wird versucht, die Kämpfe der Arbeiterschaft gegen die Massenverelendung im Keime zu ersticken und die erwachende Arbeiterschaft einzuschläfern.

Das Sprachrohr der Arbeiterschaft, die kommunistische Presse, ist den Polizeigewaltigen ein Dorn im Auge.

Mit den brutalsten Mitteln wird versucht, diese Presse, die die dunkelsten Winkel im Elendsviertel der „freien" Republik erleuchtet und den Massen den schnellsten Weg hinaus ins Licht zeigt, zu zerschlagen, um ihr Erscheinen unmöglich zu machen. Jeden Tag liest man von neuen Gewalt- und Terrorakten gegen irgendeine kommunistische Zeitung, jede Zeitung bringt täglich neue Berichte von Anklagen gegen verantwortliche Redakteure unserer Presse.

Fünfundzwanzig Redakteure sitzen bis heute hinter Kerkermauern, nur weil sie das System der kapitalistischen Republik kritisierten, weil sie der Arbeiterschaft den wahren Weg aus dem Elend heraus zeigten, weil sie der Arbeiterschaft kapitalistische Diktatur und Diktatur des Proletariats gegenüberstellten. Durch Terrorurteile der Klassenjustiz, durch Massenverhaftung kommunistischer Redakteure will man unsere Presse am Erscheinen hindern, will man das Sprachrohr der revolutionären Arbeiterschaft verstummen lassen.

Doch das darf nicht gelingen, das wird auch nicht gelingen, wenn dem Wüten der Justiz ein Bollwerk entgegengesetzt wird, an dem sie sich die Köpfe einrennen und die bluttriefenden Zähne ausbeißen.

Dieses Bollwerk seid ihr, Arbeiterkorrespondenten. Heraus aus der Reserve! Für jeden verhafteten Redakteur hundert Arbeiterkorrespondenten, für jede verbotene Zeitung hundert neue Dorf-, Stadtteil- und Zellenzeitungen!

Berichtet von überall, aus dem kleinsten Dorf, von jeder Straße, vor allen Dingen aus jedem Betrieb sendet Berichte. Zeigt den Massen die Ausbeutermethoden der Unterdrücker. Berichtet vom Abwehrkampf der Arbeiter, sprecht durch die Presse zu den Massen und zeigt ihnen den wahren Weg zur Freiheit! Erleichtert der Redaktion die Arbeit, indem ihr euch selbst schult und bildet, ergreift jede Gelegenheit zur aktuellen Gestaltung unserer Presse. Füllt die Lücken, die der Justizterror in die Reihen unserer Mitarbeiter reißt! Jeder Arbeiterkorrespondent sei Redakteur einer Zellenzeitung, dann wird der Kampf der Justizkanaille niemals dem Sprachrohr der revolutionären Arbeiterschaft Schaden tun können, dann wird um so schneller der Kampf und Sieg der Arbeiterklasse gesichert sein! —

INTERNATIONALER FRAUENTAG

KUNDGEBUNG AM FREITAG, 20 UHR, IM ZENTRALBALLSAAL

Sozialfaschistische Spalter und Verleumder am Werk

Ohlau, 4. März. In der „Volkszeitung" erschien unter „Ohlau" vor einigen Wochen ein Artikel mit der Ueberschrift: „Erfolglose Wühlarbeit der Kommunisten". Ueber die „Wühlarbeit" der Kommunisten wird aber sachlich uns folgendes berichtet:

„Sie haben lediglich im Zentralverband der Zimmerer ihre bisher innegehabte Position halten können und sind im Ortsausschuß mit einigen Delegierten mehr vertreten als dies bisher der Fall war. Ihre Bemühungen, in den Vorstand des Ortsausschusses zu gelangen, sind fehlgeschlagen. Immerhin stellen sie mit 12 Delegierten im Ortsausschuß eine Minderheit dar, die in keinem Verhältnis steht zu der Schwäche ihrer Bewegung am Orte."

Und an anderer Stelle im gleichen Artikel heißt es:

„Der schon seit Jahren unter kommunistischem Einfluß stehende Ortsausschuß in Peisterwitz hat es fertig gebracht, die Kosten für einen Delegierten zum oppositionellen Gewerkschaftskongreß zu bewilligen."

So stellt die „Volkszeitung" selbst fest, daß die revolutionäre Arbeit der Kommunisten und der Gewerkschaftsopposition gar nicht so erfolglos war — im Gegenteil. Und weil das sozialfaschistische Blättchen darüber wütend ist, wird tapfer zur Verleumdung gegriffen. Vom Zimmererverband wird behauptet:

„Der kommunistische Verband hat keinerlei Erfolge in der Gewerkschaftsarbeit aufzuweisen, dafür aber seine Unfähigkeit durch eine Finanzwirtschaft bewiesen, die jeder Beschreibung spottet. Durch großzügige Gewährung von Unterstützungsbeihilfen aus der Lokalkasse ist diese nicht nur völlig geplündert worden, es sind auch noch Schulden gemacht worden. Alles deshalb, weil der Vorstand unfähig war, die Tragweite seines Beschlusses zu übersehen. Die Wiederwahl hat noch das eine Gute, daß der kommunistische Vorstand die Suppe auslöffeln muß, die er eingebrockt hat."

Aber das Lügenblatt wurde gezwungen, eine Berichtigung zu bringen, in der es u. a. heißt:

„Auch ist es unwahr, daß der Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Ohlau, unter kommunistischer Leitung Schulden gemacht hat, sondern es ist noch ein Kassenbestand von über 550 Mark vorhanden."

Zu den elenden Verleumdungen kommt dann noch die Spaltungshetze. So gegen die oppositionelle Leitung des Zimmererverbandes:

„Daß gerade von ihm in der letzten Ortsausschußsitzung der Antrag auf Entsendung von Delegierten zu einem oppositionellen Gewerkschaftskongreß ausging, wird hoffentlich nicht ohne Folgen bleiben. In seinem eigenen Interesse muß der Zentralverband der Zimmerer gegen Funktionäre vorgehen, die ihre Stellung mißbrauchen, gegen die Gewerkschaften Propaganda zu machen, und damit gegen ihre eigene Organisation ankämpfen. Daß der Kommunist Schröter als Vertreter der Kommunistischen Partei im Ortsausschuß Anträge auf Zertrümmerung der Gewerkschaften begründen kann, wird hoffentlich auch nicht mehr vorkommen. Viel zu lange hat die Geduld der Funktionäre gedauert."

Die Unternehmerlakaien in den Gewerkschaften, die sozialfaschistischen Spalter, fordern also den Ausschluß der führenden oppositionellen Kollegen. Wir zweifeln nicht daran, daß der Apparat der Bürokratie nun spielen und die Zerschlagung der oppositionellen Ortsgruppen versuchen wird.

Die Spalter werden auf die geschlossene Front der oppositionellen Gewerkschaftler stoßen. Das sollen sie sich gesagt sein lassen!

Aufgepflanzte Seitengewehre in Ohlaus Straßen

Augen auf, Proleten! Dieser Tage marschierte ein Teil des Reiter-Regiments 11, die Fußsteige der Reinhold-Neugebauer-Straße benutzend, mit aufgepflanzten Seitengewehren und leichten Maschinengewehren ausstaffiert, über den Friedrichs-Platz, um auf dem Reitplatz für die Erhaltung der Bourgeoisie zu trainieren. Dazu mußte auch die städtische Wiese herhalten. Werktätige, Erwerbslose, erwacht! Diese „Blinde" Aktion soll die Soldaten mit den Methoden des Straßenkampfes vertraut machen. Herr Reichswehrminister, haben Sie das angeordnet?

Freie Elternvereinigung Ohlau. Heute, Donnerstag, 20 Uhr, bei **Gleis**, Schloßteich, Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Gäste willkommen.

Oels. In der **letzten Stadtverordnetensitzung** waren neben kleinen Vorlagen die Wahlen zu den Deputationen und Ausschüssen vorzunehmen. Bei dem Kuhhandel zwischen Bürgerlichen und SPD. sind stille Vereinbarungen getroffen worden, ja keinen Kommunisten in diese Ausschüsse zu wählen. Es waren drei Wahlvorschläge eingereicht. Es erhielten an Stimmen die Bürgerlichen 14, die SPD. zusammen mit dem Mittelständler Ochmann 10 und die KPD. 1 Stimme. Auf Grund dieser Stimmabgabe hat es die SPD. verstanden, ihr unliebsame Personen von den Kommissionen fernzuhalten. Genosse **Stoffel** gab die Erklärung ab, daß trotzdem die Kommunisten es verstehen werden, im Plenum um so mehr für die Interessen der werktätigen Bevölkerung einzutreten. Zwei Anträge, die sich mit Geländeankauf durch die Stadt beschäftigten, sollten auf Antrag des deutschnationalen Buchdruckers **Schmidt** in geheimer Sitzung verhandelt werden. Infolge Einspruchs des Kommunisten mußte aber öffentlich verhandelt werden. Das Gelände wurde angekauft. Jedenfalls ist festgestellt — selbst von sozialdemokratischen Arbeitern —, daß durch den Eintritt eines Kommunisten in die Stadtverordnetenversammlung nicht bloß wie früher noch genickt werden kann.

— **Schwurgericht.** Am ersten Tage der jetzigen Schwurgerichtsperiode fanden zwei Verhandlungen gegen junge Mädchen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt, die ihre neugeborenen Kinder gleich nach der Geburt töteten. Das eine Mädchen hielt in seiner Angst dem Kinde den Mund zu bis es erstickte. Die Angeklagte erhielt zwei Jahre drei Monate Gefängnis. Das andere Mädchen nahm das Kind und steckte es mit dem Kopf in den Wassereimer, bis es tot war. Dieses Mädchen erhielt zwei Jahre Gefängnis mit Bewährungsfrist. Wann wird endlich der § 218 verschwinden.

— **Selbstmord.** Am Dienstag hat sich im Lehrerzimmer der evangelischen Knabenschule vor Schulanfang der Konrektor **Ohier** aus Oels durch Gasvergiftung das Leben genommen.

Wissen ist Macht

ist die Devise der „Marxistischen Arbeiterschule Breslau"! Folgende Kurse finden in den nächsten Wochen statt: *Ernst Wollweber, M.d.L.:* „**Krieg und Arbeiterklasse.**" I. Die Militärpolitik der kapitalistischen Staaten. Jeden Montag, 20 Uhr. Beginn: Montag, den 10. März. — *Ernst Wollweber, M.d.L.:* „**Sowjetrußland und sein Fünfjahresplan.**" Jeden Montag, 20 Uhr. Beginn: Montag, den 31. März. — *Dr. Martin Gotthilf, Rechtsanwalt:* „**Die kommende Strafrechtsreform.**" Jeden Dienstag, 20,30 Uhr. Beginn: Dienstag, den 11. März. — *Alfred Thomas:* „**Aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.**" Jeden Dienstag, 20 Uhr. Beginn: Dienstag, den 11. März. — Diese vier Kurse finden sämtlich im Lokal **Reimann**, Breslau, Neue Antonienstraße, Ecke Nikolaistadtgraben, statt. Die Hörergebühren betragen für diese Kurse pro Abend 25 Pfg. — *Dr. med. Fritz Groß, Frauenarzt:* „**Sexualfrage und Arbeiterschaft.**" Jeden Mittwoch, 20 Uhr. Beginn: Mittwoch, den 19. März, im „Gelben Löwen", Oderstraße 23. Hörergebühr pro Abend 35 Pfg.

Rundfunk-Programm

Donnerstag, 6. März. 9.30: Schulfunk. ● 16: G. Jordan: Empfang beim Papst. ● 16.30: Musik auf Saiteninstrumenten (Schallpl.). ● 17.30: Bücherstunde. ● 18: Gleiwitz: Dipl.-Handelslehrer Leider: Absatz und Absatzmöglichkeiten. ● 18.20: R. Buchwald: Erinnerungen eines Fußballenthusiasten. ● 18.40: Stunde der Arbeit: Eine Betriebsratssitzung, an der teilnehmen: Gewerkschaftssekretär F. Mediin, Gewerkschaftssekretär G. Menzel, J. Palosch (Betriebsrat einer Zuckerfabrik), Joh. Ertel (Betriebsrat eines Steingutwerkes). ● 19.10: Moderne Schlager und Operettenmusik. ● 20: Dr. Boehlich: „Völker und Rassen". ● 20.30: Das junge Lettland. Orchester-Konzert. ● 21.40: Hans Mühlhofer spricht. ● 22.35: Tanzmusik.

Freitag, 7. März. 15.40: Fünf Minuten für die Hausfrau: Dora-Lotti Kretschmer: Die berufstätige Frau in der Dichtung. ● 16.15: E. Fröhlich: Bild und Plakat im Dienste des Wochenendgedankens. ● 16.30: Kammermusik. E. Rhode: Streichquartett in B-dur. — Dvorak: Streichquartett in F-moll. ● 17.30: Schnuffibus und der Zeitungsonkel. ● 18: Oberregierungsrat Friedendorff: Allerlei von der Polizei. ● 18.25: A. Runge: Entwicklung und Entfaltung schlesischer Dichtung. ● 18.55: Neue Tänze. Funk-Jazzorchester. ● 19.45: Dr. Sommer: Aufgaben der Arbeitsämter für den ländlichen Arbeitsmarkt. ● 20.15: Hermann Stehr liest aus eigenen Werken. ● 21: Leipzig: Bootleggers (Schmugglerjagd). Hörspiel von Werner Illing. ● 21.45: Klavierkonzert. Käthe von Gizndi: Händel: Grobschmied-Variationen E-dur. — Kempff: Meerespsalm. Fantasie in D-moll. — Schubert: Moment musical in F-moll. — Schubert-Liszt: Soirées de Vienne. ● 22.35: Reichskurzschrift.

Sonnabend, 8. März. 16: Bücherstunde. ● 16.30: Schallplatten (Märsche). ● 17.30: Die Filme der Woche. ● 18: Esperanto. ● 18.10: Zahnheilkunde: Dr. Kunert: Weißbrot oder Schwarzbrot? ● 18.40: Französisch für Anf. ● 19.05: Abendmusik. Strauß-Weninger: Potp. aus „Eine Nacht in Venedig". — Joh. Strauß: Frühlingsstimmen. — Mac-Dowell: Wiegenlied. — Poldini: Märchen: Es war einmal. — Karl: Komödianten. Berenice. — Rust: Liebesspiele. — Plessow: Molly and Jolly. — Noack: Libelle. — Filament: Wirbelwind. ● 20: Schlesien hat das Wort: Regierungsrat Dr. Parisius: Niederschlesische Verkehrsprobleme. ● 20.30: Konzert. Eri. Meyer-Helmund dirigiert eigene Werke. ● 22.35: Tanzmusik

---

„**Der Haushalt ist der beste**, in dem man nichts Ueberflüssiges will und nichts Notwendiges entbehrt", hieß es im Altertum. In der heutigen Zeit hält man sowieso nur Ausschau nach dem Notwendigen, dabei Guten und Billigen. Hierbei sind in erster Linie Maggis gebrauchsfertige Suppenwürfel zu nennen, weil sie um wenig Geld nahrhafte, wohlschmeckende Suppen in reicher Auswahl liefern.

Waldenburger Bergland

Sind Proletenkinder einfach Ware?

A. K. Eine Frau im Stadtteil Altwasser hatte vor 4½ Jahren ein uneheliches Kind im Alter von ½ Jahre vom Jugendamt in Pflege genommen, es auch gut gepflegt und erzogen. Der Vater des Kindes heiratete inzwischen ein anderes Mädchen und führte nun einen zweijährigen Kampf um Herausgabe des Kindes, obwohl die Mutter des Kindes auf ihre Rechte verzichtete. Erst nachdem der Vater eine eigene Wohnung erhielt, wurde das Kind ihm zugesprochen. Nun kam das Tragische für das Kind. Dem Jugendamt war es schon länger als acht Tage bekannt, daß der Vater, welcher in Westfalen wohnt, das Kind abholt. Anstatt nun die Pflegemutter sofort davon zu benachrichtigen, damit sie das Kind vorbereiten konnte, erscheint plötzlich der Vater mit einer Bescheinigung des Jugendamtes zur Herausgabe des Kindes. In Hast muß alles zusammengepackt werden und fort geht es. Man müßte denken, daß doch ein „Jugendamt" Verständnis haben müßte für die Gemütsverfassung eines fünfjährigen Kindes, was es für dieses bedeutet, plötzlich von seiner Pflegemutter, die ihm Mutter war, fortzugehen, mit einem ihm fremden Mann, den es noch nie gesehen hat. (Das Jugendamt verweigerte ihm bisher die Nennung des Aufenthalts des Kindes.) Die Folge war eine ungeheuere seelische Erregung für das Kind und zugleich auch für die Pflegemutter, die doch in den 4½ Jahren Mutterstelle vertrat.

Dies ist schon der zweite Fall derartiger Schlamperei des Kreisjugendamtes. Angeblich wurde die Benachrichtigung der Pflegemutter „vergessen"! Es ist ja nur ein uneheliches Proletenkind, das wie eine Ware behandelt wird. Arbeiter, Frauen, kämpft mit uns gegen solche „Kinderpflege".

Nur sieben Monate Gefängnis

erhielt in der Berufungsverhandlung der bekannte „Bankier" Natke. Einen Arbeiter, insbesondere einen Kommunisten, verurteilen dieselben Gerichte für Kleinigkeiten zu erheblich höheren Strafen. Klassenjustiz!

Oberes Revier

Die Bergarbeiter stehen zur Opposition

In Gottesberg fand eine öffentliche Bergarbeiterversammlung statt. Der Besuch war ebenso gut als der der Versammlungen, die von der allmächtigen Zahlstelle der sozialdemokratischen Verbandsleitung einberufen werden. Der ausgeschlossene Kamerad Müller referierte über die außenpolitische und innenpolitische Lage. An Hand von schlagkräftigem Beweismaterial wurde der unerhörte Unterdrückungsterror von seiten der regierenden Machthaber und ihren Lakaien, den sozialfaschistischen Gewerkschaftsbonzen, klar aufgezeigt. Der Redner wies auf die Erfolge der russischen Bergarbeiter hin und widerlegte alle die Lügennachrichten, die von den bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen gegen den einzigen Arbeiter- und Bauernstaat tagtäglich verbreitet werden. Auch gab Genosse Müller Bericht vom Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige öffentliche Bergarbeiterversammlung Gottesberg erklärt sich einverstanden mit den Beschlüssen des revolutionären Gewerkschaftskongresses vom 8. und 9. Februar. Sie gelobt, einzutreten für revolutionäre Betriebsräte und Vertrauensleute auf ihren Schachtanlagen."

Nach einigen Hinweisen auf die gegenwärtige Lage wurde die gut verlaufene Versammlung, nachdem auch eine Anzahl Broschüren „Wissells Verbrechen an den Bergarbeitern" ihren Absatz fanden, geschlossen.

Gottesberg. Lichtbildervortrag. Am Sonntag, dem 9. März, um 10 Uhr, veranstaltet die IAH. im Gasthaus „Zur Krone", bei Unger, Landeshuter Straße, einen hochwichtigen Lichtbildervortrag. Der Vorstand ersucht alle Freunde der IAH., mit ihren Angehörigen sich zahlreich zu beteiligen. Zur Deckung der Unkosten wird von Mitgliedern 10 Pfennig, und von Nichtmitgliedern 20 Pfennig erhoben.

Freiburg

Der Verband für Mutterschutz hält am heutigen Donnerstag, um 20 Uhr, im „Grünen Baum" seine Mitgliederversammlung ab.

Bolkenhain

Proletarierlos

Wenn man in Bolkenhain die Uferstraße entlang geht, so fällt einem sofort eine alte, zerfallene Bude (Haus) auf. Niemand wird der Ansicht sein, daß dort noch Menschen wohnen. Und doch! Dort hausen nicht nur Ratten, sondern wohnen tatsächlich noch Menschen, und zwar ein altes Ehepaar namens Hoffmann. Der Mann hat sich Zeit seines Lebens ehrlich und redlich geschunden. Nun liegt er schwerkrank danieder. Die ganze Nacht hindurch müssen die alten Leute das Licht brennen lassen, sonst fressen den alten, hilflosen Mann die Ratten an. Die Söhne des alten Hoffmann, die selbst erwerbslos und zum Teil ohne Unterstützung auf der Straße liegen, können dem Vater keine Hilfe bringen. Hätte der Mann noch einige tausend Mark, dann hätten die schwarzen Pfaffen ihn längst geholt; aber so ist nichts zu erben.

So geht ein Prolet zugrunde, zu einer Zeit, wo den Ministern ihr Gehalt erhöht wird, wo Pfaffen Millionen in den Rachen geworfen werden. Das alles in der „freiesten Republik"!

Rote Betriebsräte auch bei Meyer Kauffmann-Wüstegiersdorf

Die Sozialfaschisten drohen mit dem Hinauswurf aus dem Betrieb

Der revolutionärer Teil der Belegschaft von Meyer-Kauffmann, Wüstegiersdorf, hat zur Aufstellung roter Betriebsräte Stellung genommen. Großes Geschrei darüber bei den Reformisten. Sie lassen nichts unversucht, um die Oppositionellen von der Einreichung ihrer Liste abzuhalten. Sie führen die lächerliche „Begründung" an, es würde einen schlechten Eindruck auf die Unternehmer machen, wenn zwei Listen eingereicht würden. Die Kramer und Tautz mögen nur ruhig schlafen. Der Eindruck wird der beste sein. Die Herren von der Betriebsleitung werden daran erkennen, daß alle Einschüchterungsversuche fruchtlos sind. Die Opposition wird auch hier ihren geraden Weg gehen; trotz Renegaten, Reformisten und Unternehmer. Auch die Drohungen eines Kramers werden das Vorbringen der Opposition in unserem Betriebe nicht aufhalten. Es muß um die Reformisten übel bestellt sein, wenn man schon jetzt mit Denunziationen droht. Kramer konnte es sich nicht verkneifen, zu versuchen, den Spitzenkandidaten der Opposition zu bewegen, keine eigene Liste einzureichen. Da alle Ueberredungskunst umsonst war, verlegte er sich aufs Drohen. Wörtlich sagte er: Ob sie (die Reformisten) sich mit Unorganisierten an einen Tisch setzen, darüber wird die Belegschaft ja noch entscheiden. Er wolle nur nicht so sein. Aber in einem Vierteljahr wäre die Kollegin Franz aus dem Betriebe heraus!

Also so weht der Wind, Herr Kramer? Und da wagen Sie es noch, sich Arbeitervertreter zu nennen. Nur Arbeiterverräter können darauf hindeuten, es läge in Ihrer Hand, Kollegen aus dem Betriebe zu entfernen. Denn etwas anderes hat Kramer ja nicht sagen wollen. Nun, ob die Kramer und Tautz dafür sorgen, eine Kollegin, die ihnen unbequem ist, aus dem Betriebe zu bringen, die Opposition läßt sich nicht bluffen. Die sozialfaschistische Methode ist klar: Erst schmeißt man Kollegen aus dem Verband, weil sie die verbrecherische Rolle dieser Bonzen anzuprangern wagen. Dann beschimpft man sie als unorganisiert. Schließlich, wenn auch das nichts nützt, droht man mit Hinauswurf aus dem Betriebe. Pfui vor solchen „Arbeitervertretern"!

Textilarbeiter, gebt diesen Gesellen bei den Betriebsrätewahlen den verdienten Fußtritt. Keine Stimme diesen Verrätern! Wählt die Liste Vetter — Franz, die Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Niederschlesien

Die Görlitzer „Christlichen Jungens" demonstrieren

Der Gummiknüppel ist nur für die hungrigen Arbeiter da

Für wen der „kleine Metallarbeiter" Severing das Demonstrationsverbot geschaffen hat, zeigte sich am Sonntagvormittag recht deutlich. Nachdem in der Kreuzkirche der „Gottesdienst" beendet war, wurden die „christlichen Jungmannen und Jungfrauen" vor der Kirche gesammelt. Von da aus marschierten die Schafe der Kirche mit Fahnen und Wimpel nach dem Kinderheim an der Satbigstraße. Ueber die Gestalten, die da mitmarschierten, zu schreiben, wäre unsere Druckerschwärze zu teuer.

Also eine wohlvorbereitete Demonstration, trotzdem jede Demonstration verboten ist. Wären an deren Stelle revolutionäre Arbeiter marschiert, so hätte der Polizeidezernent Viebeg die gesamte Schupo alarmiert. Da saust der Gummiknüppel nieder auf jeden, der ihnen in den Weg kommt. Bei dem Aufmarsch der „Gottesjünger" grüßten die Schupos salutierend die Führer dieser Garde. Und wie heißt es in der Verfassung? „Vor dem Gesetze ist jeder Deutsche gleich!" Wer lacht da?

Arbeiter, Klassengenossen, hier zeigen sich ganz deutlich die Lügen der Sozialfaschisten Taubade und Kumpanei, daß das Demonstrationsverbot für alle „Bürger" des Staates Geltung habe. Tatsächlich gilt das nur für die klassenbewußte Arbeiterschaft. Wer hat schon einmal der Heilsarmee ihre abendlichen Versammlungen unter freiem Himmel verboten? Betriebsarbeiter, Erwerbslose, ihr werdet ja wieder einmal auf die Straße gehen. Dann wird es sich zeigen, ob Herr Viebeg auch so human sein wird wie bei den Grünhemden.

Engros-Betrüger festgenommen

Der Kriminalpolizei gelang die Festnahme von zwei Männern und einer Frau, die in den verschiedensten deutschen Städten Betrügereien und Wechselfälschungen verübt hatten. Da sie in Geldverlegenheit geraten waren, wollten sie hier ein in Braunschweig gestohlenes Auto verkaufen, wobei sie geschnappt wurden. Es handelt sich um den Kellner Oskar Marun aus Königshütte, seine Freundin Alice Syrla aus Ratibor und den Schlosser Erbeck aus Braunschweig. Marun hatte in verschiedenen Städten Geschäfte gegründet, die Angestellten angemeldet und sich dann Krankengelder verschafft. In einem Fall erhielt er auf Grund einer gefälschten Todesanzeige sogar das Sterbegeld.

Grünberg

Der sozialfaschistische Kurs im Freidenkerverband

A. K. Das bekannte Flugblatt der sozialfaschistischen Freidenkerbonzen hat auch in Grünberg die schönsten Erfolge gezeigt. Zwar nicht bei den Arbeitermassen, denn diese lassen sich durch die darin enthaltenen Verdrehungskünste nicht irritieren. Sie wissen viel zu genau, daß es nur ein Otto Braun war, der den Pfaffen die 84 Millionen in den Rachen geworfen hat. Aber einen Zweck hat dieses Blättel doch, indem es die Ausschlußpraxis der sozialfaschistischen Bonzen unterstützt. Die Praxis ist folgende: Wer von den oppositionellen Genossen gegen die in dem Blättel enthaltenen Lügen operiert, wird „ausgeschlossen". Wir sagen dem Renegaten Laubsch und dem Sozialfaschisten Schneider: Die Befreiung der Arbeiterklasse, auch die geistige, wird nicht durchgeführt werden von Sozialfaschisten, sondern vom revolutionären Proletariat! Nur im Sowjetstaat schließen sich die Kirchen für immer. Die freigeistigen Verbände haben schöne Forderungen aufgestellt: Trennung von Kirche und Staat! Keinen Pfennig den Pfaffen! Befreiung aus der geistigen Knechtschaft usw. Aber das sind nicht nur hohle Phrasen. Wie ein Hohn klingen sie, wenn man die Taten der SPD. betrachtet. Solange die Espedisten im Freidenkerverband an der Spitze stehen, ist diese Organisation keine wirklich proletarische. Darum hinein in die Freidenkeropposition! Schlagt die sozialfaschistischen Freidenkerbonzen, so schlagt ihr die schwarze Reaktion, schlagt ihr die Pfaffen!

Bunzlau

Dem Gemeindevorsteher Steckel, Thommendorf, ins Stammbuch

Arbeiter von Thommendorf, seht eurem Gemeindevorsteher etwas auf die Finger; denn er glaubt, das Geld für seinen Posten mühelos einstreichen zu können. Ein Kollege von dort wurde im September v. Js. arbeitslos. Nach kurzer Zeit war er ausgesteuert, da selbiger seine 26 Wochen nicht zusammenbekommen hatte; wie es so vielen anderen schon ergangen ist. Am 25. November stellte er bei dem Gemeindevorsteher den Antrag auf Fürsorgeunterstützung. Aber Herr Steckel scheint sehr wenig Verständnis für die Not eines Erwerbslosen zu haben, der noch dazu ein Familienvater von acht Kindern ist; fünf davon sind schulpflichtig. Dem Antragsteller wurde vorgeworfen, er sei zu bequem gewesen, sonst hätte er seine 26 Wochen vollbekommen.

Herr Gemeindevorsteher, gehen Sie selbst mal auf die Arbeitssuche. Zum Antrag selbst: Die neugewählten Gemeindevertreter kamen am 11. Dezember zusammen. Ein Beschluß zu dem gestellten Antrag wurde nicht gefaßt. Bei der zweiten Sitzung wurden ihm 25 Mark pro Monat zugebilligt. Dieser Beschluß ging zur Genehmigung an das Kreis-Wohlfahrtsamt. Auch dort wurde der Antrag genehmigt. Als der betreffende Kollege sich die Unterstützungsgelder holen wollte, wurde er wieder abgewiesen mit dem Bemerken, es sei noch keine Bestätigung vom Kreise da. Erst auf die persönliche Beschwerde beim Landrat bekam er in der zweiten Hälfte des Januar 37,50 Mark ausgezahlt. Man bedenke, seit dem 25. November ohne Unterstützung. Da es unmöglich ist, eine Familie mit fünf schulpflichtigen Kindern mit 5,80 Mark zu ernähren, so stellte der Kollege beim Kreis-Wohlfahrtsamt einen weiteren Antrag um Erhöhung. Seit Ende Januar läuft das Gesuch, ohne daß sich etwas rührt. An welcher Stelle läuft der Amtsschimmel so langsam?

Ein zweiter Fall im selben Orte: Ein Arbeiter, dessen Kind verkrüppelte Beine hat, stellt beim Gemeindevorsteher den Antrag auf Bewilligung von Geldmitteln, um das Kind in die Klinik zu schaffen. Auf eine Beschwerde des Arbeiters beim Kreis-Wohlfahrtsamt wird ihm erklärt, es sei längst genehmigt, es läge beim Gemeindevorsteher. Kommt jemand in irgendeiner Sache, so findet es Herr Steckel nicht für nötig in sein sogenanntes Amtszimmer zu gehen, sondern er fertigt die Leute in seiner Küche ab, wo seine Frau und die Kinder alles mit anhören. Es ist begreiflich, daß es den Gemeindemitgliedern oft sehr peinlich ist. Arbeiter, sorgt dafür, daß solche Leute, die kein Verständnis für eure Nöte haben, nicht derartige Aemter bekleiden. Arbeiter, Kleinbauern und Kleingewerbetreibende, bildet mit uns Industriearbeitern eine Front. Vorwärts unter dem roten Banner der Kommunistischen Partei, kämpft mit uns gemeinsam!

Glogau

Für 25 000 Mark Seide und Pelze gestohlen

In der Nacht wurde in das hiesige Geschäftshaus Ludwig Hauerwitz ein schwerer Einbruch verübt, bei dem für 25 000 Mark Seide und Pelze gestohlen worden sind. Es haben dabei großstädtische Berufseinbrecher mit Nachschlüsseln gearbeitet. Sie durchbohrten im dritten Stock die Decke. Mittels einer Strickleiter erreichten sie das Seidenlager. Nach Beendigung der Arbeit haben sich die Einbrecher in aller Seelenruhe gewaschen und neu eingekleidet. Am Tatort haben sie ihr Werkzeug zurückgelassen. Von den Tätern fehlt jede Spur. Man weiß nur, daß ein fremdes Auto längere Zeit in der Nähe des Geschäftshauses gewartet hatte.

Oberschlesien

Gleiwitz

Achtung!
Berichterstatter der „Arbeiter-Zeitung"

Sämtliche Berichte für die „Arbeiter-Zeitung" gehen an folgende Adresse:

Redaktion der „Arbeiter-Zeitung",
Gleiwitz, Ebertstraße 26.

Telephonanruf: 4085.

Achtung! Neuaufnahmen für die Partei

Wir geben den Ortsgruppen und Zellen zur Kenntnis, daß bei Neuaufnahmen ab sofort nur 20 Pf. an Eintrittsgeld zu erheben sind.

Die BL., Abteilung Kasse.

Hindenburg

Achtung, Arbeiter und Arbeiterfrauen!

Am Sonntag, dem 9. März, findet im Eisnerschen Konzerthaus eine **Theateraufführung mit anschließendem Tanz** statt. Zur Aufführung gelangt der Sechsakter

„Kreuzer unter Rot!",

die Revolte auf dem

Panzerkreuzer Potemkin 1905.

Alle Arbeiter sind zum **Besuch dieses revolutionären Theaterstückes** eingeladen.

Freie Sängervereinigung Hindenburg.

Polizeiterror gegen Erwerbslose

Die Hindenburger Erwerbslosen rüsteten zum 6. März, und als ein Kollege einige Bekanntgaben zum 6. März, zum internationalen Erwerbslosentag, bei der Auszahlung der hungernden Proleten machen wollte, sprang ein gutgedrillter Schupo hinzu und verwehrte diesem das Sprechen. Aber die Hungernden waren anderer Ansicht, und ein Proteststurm ertönte: „Weiter sprechen lassen!" Aber die Republik war in Gefahr und der Kollege wurde abgeführt. Zum Teufel! Da sprach schon wieder ein anderer. Und wie ein Tiger sprang dieser Zörgiebel-Kosak dem zweiten Kollegen an die Gurgel und würgte ihn. Er zog den Gummiknüppel. Aber tausend Fäuste drohten dem Kosaken und er mußte weichen, denn ein dritter Kollege sprach wieder an einer anderen Ecke. Die Geduld der hungernden Masse war zu Ende und es hätte nicht viel gefehlt, und der blaue Kosak wäre nicht mehr dienstfähig. Tatü tata — Tatü tata — und ein Schnellwagen mit Polizeisäuglingen ist wieder da. Aber unter „Nieder!"-Rufen schieben diese dem Säuglingsheim zu. Aber hier erwiesen sich diese jungen blauen Kosaken als zu schwach und eine Kolonne gutgenährter älterer Beamten marschierte an. Diese werden von den Hungernden mit Protestrufen empfangen. Und da sage noch einer, wir lebten nicht in der freiesten Republik! Die Unterstützungen werden bis zu 50 Prozent reduziert und die Ministergehälter um das Doppelte erhöht. Ist das nicht Sozialismus? Während verhungernde Erwerbslose zum Aeußersten greifen, zum Strick, Raub und Gashahn, greifen die Herren Minister nach dem Staatssäckel und prassen, schwelgen und beraten: Wie können wir diese „Parasiten", diese Erwerbslosen am schnellsten auf den Friedhof besorgen?

Erwerbslose, Betriebsarbeiter, Frauen! Seht die Gefahren! Der Faschismus wird mit Waffen versorgt, ihr friert, hungert und siecht unter dem Antreibersystem dahin! Wacht auf! Geht zur Offensive über! Schließt euch der KPD. an! Werdet Leser der „Arbeiter-Zeitung"! Kämpft für ein Sowjetdeutschland!

Nicht die Banditen, sondern ihre Opfer stehen unter Anklage

(Arbeiterkorrespondenz.)

Vom 25. zum 26. Oktober 1929 befand ich mich mit einigen Genossen auf dem Wege, Plakate zu kleben. An der Kreuzung Guidostraße und Dorotheenstraße in Hindenburg wurden wir von einigen verkommenen Elementen überfallen. Während es meinen Helfern gelang zu entkommen, wurde ich von diesen Banditen übel zugerichtet, so daß ich, lebensgefährlich verletzt, ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Eine schwere Gehirnerschütterung war die Folge des Ueberfalls. Erst als auf Druck eines Artikels in unserer Zeitung die Kriminalpolizei, also auf meinen Antrag, sich der Sache annahm, ist der Herr Staatsanwalt anderer Ansicht und stellte mich als den Banditen hin. Ich sei der, der die Leute überfallen und sie schwer mißhandelt habe mittels einer Flasche und eines Stockes, obwohl ich nur den Kleistertopf und Pinsel hatte. Wie ich zu dem Stock und der Flasche kam, will mir die Staatsanwaltschaft Gleiwitz das Kunststück zeigen, indem ich auf der Anklagebank Platz nehmen soll, und sie mich am 13. März vor die Gerichtsschranken zitiert. Vielleicht hat der eine Kriminalbeamte zu dieser Beweiserbringung verholfen, indem dieser bei der Vernehmung im Krankenhause vor dem diensttuenden Beamten, Herrn Dr. Kaatz, folgende Aeußerungen tat: „Um den wäre es nicht schade, der kann zum Teufel gehen." Und da sage noch einer, die Polizei sei korrekt und gar nicht, ja gar nicht einseitig eingestellt!! Da gegen mich bereits mehrere Verfahren schweben, wird dem hohen Gericht nichts anderes übrig bleiben, als wieder zu sagen: „Sehe einer diesen Kommunisten, schlägt friedliche Leute auf der Straße und kommt nur durch einen Zufall ins Krankenhaus!" Hier, Proleten, müßtet ihr den Charakter dieser „freiesten" Republik erkennen. Protestiert gegen solche Anklageerhebungen, lauft Sturm gegen diese Klassenjustiz!

Theaterabend des Arbeiter-Gesangvereins

Sonntag, den 9. März, um 16,30 Uhr, findet im großen Saale von Eisner, Kronprinzenstraße, ein proletarischer Theaterabend statt. Zur Aufführung gelangt das revolutionäre Stück „Kreuzer unter Rot, die Revolte auf dem Panzerkreuzer „Potemkin" 1905". Eintrittspreis 60 Pf. Um 13 Uhr: Aufführung für Kinder. Eintrittspreis 10 Pf. Besucht zahlreich die Veranstaltung.

Ratibor

Kriminalpolizei sucht Vervielfältigungsapparate

Am Montag, in aller Frühe, wurden bei unseren Parteifunktionären Haussuchungen vorgenommen. Die Krims brachten sich Schupisten mit. Vor allem suchte man die Vervielfältigungsapparate, die zur Herstellung von Betriebszellenzeitungen dienen. Die Arbeit der Polizei war bei allen Genossen umsonst.

Cosel

Märzgefallenen-Veranstaltung der RH.

Sonnabend, den 8. März, um 19 Uhr, findet im Lokal Reichsadler eine Märzgefallenenfeier mit anschließendem

Lichtbildervortrag

statt. Die Mitglieder aller proletarischen Organisationen mit ihren Angehörigen und die Sympathisierenden werden gebeten zu erscheinen. Zur Deckung der Saalkosten werden 19 Pfg. an Eintrittsgeld erhoben.

Der Ortsvorstand der RH.

Falkenberg

Die angefochtene Gemeindevorsteherwahl

Scheinbar ließ sich unser Herr Gemeindevorsteher zur Anfechtung der Wahl eine Hintertür offen; denn dem Gemeindevorsteher in Grüben sind doch die Wahlvorschriften genau so bekannt gewesen wie den übrigen Gemeindevorstehern. Diese Hintertür bestand darin, daß er statt den 15 gesetzlich zustehenden Gemeindemitgliedern 16 durch Handschlag verpflichtete. Von diesen durch Handschlag verpflichteten Gemeindevertretern wurde der Gemeindevorsteher gewählt; leider — leider — — — nicht zu seinen Gunsten. Ein anderer, getragen von der Mehrheit der Gemeindevertreter mit 9:7 war der Auserwählte. Jetzt kommt das schönste! Diejenigen Gemeindevertreter, die gegen den bisherigen Gemeindevorsteher gestimmt haben, haben nur Gemeindeinteressen gewahrt, denn diese Leute sagten sich: Wir brauchen keinen Gemeindevorsteher, der fast bei jeder Veranstaltung betrunken ist, der dem Gemeindeschreiber in aller Oeffentlichkeit vorwirft: „Du Lump, du hast die Gemeinde genug besch.... und betrogen!" Nehmen wir es dem alten Gemeindevorsteher nicht übel, daß er die Einreichung des Wahlergebnisses bis zum äußersten in die Länge zog. Glaubte er doch, wenigstens noch einige Zeit zu fungieren, was ihm nicht zu verdenken ist. Nun aber machen wir Arbeiter ihm den Vorwurf, daß er die Bestätigung des neuen Gemeindevorstehers sage und schreibe mindestens vier Wochen lang bei sich behielt, um Zeit zu gewinnen, die Wahl deshalb für ungültig zu erklären, weil 16 Gemeindevertreter gesetzlich nicht zuständig sein sollen. Wäre die Wahl zugunsten des alten Gemeindevorstehers, der auch zu gleicher Zeit Bewerber für den offenen Gemeindevorsteherposten ist, ausgefallen, dann wären die 16 Gemeindevertreter, die nicht gesetzlich zulässig waren, unseres Erachtens bestimmt nicht beanstandet worden. Wir Arbeiter können uns nicht erklären, weshalb Theateraufführungen jetzt nach dem Dorfe verlegt werden, oder aber, ist der Posten eines Gemeindevorstehers so gewinnbringend, daß man darum kämpfen muß?

Oppeln

Bergers Villa mit Steinen bombardiert

Der sozialdemokratische Oberbürgermeister Dr. Berger von Oppeln erfreut sich bei der Oppelner Bevölkerung so großer Beliebtheit, daß man ihm sogar vor etwa vierzehn Tagen die großen Scheiben bei seiner Glasveranda eingeschlagen hat. Er hat sich kurze Zeit danach auf seinen Urlaub begeben, und es ist schon so, wie die „Arbeiter-Zeitung" geschrieben hat, daß er sich aus dem Staube machte, weil er dicke Luft witterte. Er hat demnach nicht lange gebraucht, um vollständig abzuwirtschaften, und das, trotzdem er sich die erdenklichste Mühe gegeben hat, dem Zentrum und den Deutschnationalen ihre Wünsche von den Augen abzulesen.

Eine SPD.-Säule unter Geschäftsaufsicht

Alles, was nach persönlichen Vorteilen strebt, tritt der SPD. bei. Diese Beobachtung kann man überall machen. Wer auf einen Posten spekuliert, der sucht und findet in der SPD. die besten Möglichkeiten. Aber nicht nur die direkten Karierenschieber suchen und finden in der SPD. Unterschlupf, sondern auch die Kapitalisten selbst suchen ihre teilweise geldlichen Interessen in dieser Partei wahrzunehmen.

In Oppeln ist vor einem Jahr der mehrfache Hausbesitzer und Möbelfabrikbesitzer Hennek, welcher vorher begeistertes Mitglied der Deutschen Volkspartei war, in die Zörgiebel-Partei, die SPD., eingetreten. Er dachte dort durch bessere Chancen bei den Ministerien zu seinen Häuserspekulationen die Hauszinssteuer zu erhalten, soweit das den selber an chronischem Bankrott leidenden Regierungsstellen möglich war, hat man dem Genossen Hennek auch unter die Arme gegriffen. Aber das Loch, welches zugestopft werden sollte, war zu groß, und deshalb mußte Hennek doch noch die Geschäftsaufsicht als erste Etappe zur Pleite anmelden. Nun wird er wohl aus der SPD. wieder austreten und vielleicht beim Zentrum sein Glück versuchen.

Wir wollen nicht ungerecht sein und auch anerkennen, daß Hennek mit einer von den wenigen Oppelner Unternehmern war, der Tariflöhne an seine Tischler zahlte, im Gegensatz zu dem Zentrums-Tischlermeister und Stadtrat Ehl, der erst vor dem Arbeitsgericht verklagt werden mußte, ehe er sich dazu bequemte, den Arbeitern den ihnen zuständigen Lohn zu zahlen.

SPD.-Gesangverein gegen die „Internationale"

Wie bürgerlich und ohne jegliche Grundsätze die sogenannte Kulturbewegung bei den Reformisten auf dem Lande ist, davon konnte man sich wieder einmal am vorletzten Sonnabend in Malapane überzeugen. Der dortige Hüttengesangverein, unter Führung der SPD., sang bei seinem Sängerfest nicht ein einziges Arbeiterlied. Nur der aus Oppeln eingeladene Arbeitergesangverein „Freiheit" brachte durch die Lieder „Empor zum Licht" und „Ein Sohn des Volkes" sowie die „Internationale" revolutionäre Tendenz in die Veranstaltung. Der ebenfalls aus Oppeln erschienene Reformistengesangverein „Freie Sänger" lehnte es sogar ab, die „Internationale" gemeinsam mitzusingen. Die kommunistischen Mitglieder des Gesangvereins „Freiheit" beantworteten diese Frechheit mit dem Verteilen von kommunistischen Flugblättern, über die sich die Reformisten zwar künstlich aufregten, aber weiter nichts auszurichten vermochten.

Die Wohnungskommission hilft nicht — wir müssen kämpfen

Am Freitag tagte die Wohnungskommission, um wieder einige Wohnungen zur Verteilung zu bringen. Ganze zehn, meistens kleine Wohnungen, kamen den Wohnungsuchenden zugute. Was diese Zahl heißt, kann nur der ermessen, der auch weiß, daß immer noch zirka 2400 Einwohner vorhanden sind, die keine oder vollkommen unzulängliche Wohnungen haben. Es wird dem zwar entgegengehalten, daß in diesem Jahr 580 Wohnungen vergeben wurden. Man sagt aber nicht, daß allein die neu hinzukommenden Wohnungsuchenden in einem Jahr die gleiche Zahl betragen, wie Wohnungen in einem Jahr gebaut wurden. Wir sagen: gebaut wurden! Es besteht die Gefahr, daß, wenn nicht seitens der Arbeiterschaft, und besonders auch unserer Genossen im Stadtparlament, vorgestoßen wird, dieses Jahr die Bautätigkeit, wie es so schön heißt, aus Mangel an Mitteln gar nicht aufgenommen wird. Wohnungslose hausen in elenden Löchern, andere wiederum warten auf Arbeit, und beides wird nicht Wirklichkeit, weil wohl für Panzerkreuzer und Steuerersparnis der Großindustrie die Gelder „notwendiger" gebraucht werden. Die Arbeiterschaft muß mit dem notwendigen Ernst und gespannter Wachsamkeit die Verhältnisse der nächsten Zeit verfolgen, wenn sie nicht noch schlimmeren Zeiten als jetzt entgegengehen will. Man glaube den Vertröstungen der amtlichen Stellen nicht, weil bisher dabei nur Schwindel herauskam.

Abbrennen von Bodenflächen, Gras usw. Die städtische Polizeiverwaltung weist auf folgende Bestimmungen hin: Das Abbrennen von Bodendecken auf Wiesen, Feldrainen, Oedland, an Hängen und Wildhecken sowie von Rohr und Schilf ist in der Zeit vom 15. März bis 30. September jeden Jahres verboten. Die Landräte, und in kreisfreien Städten die Polizeiverwaltungen, können zur Wahrung der Belange der Landwirtschaft auf begründeten Antrag hin das Abbrennen von Bodendecken, wo es zur landwirtschaftlichen Nutzung der Fläche nachweislich notwendig ist und nicht vorher erfolgen konnte, ausnahmsweise auch nach dem 15. März gestatten. Jeder Grundstückseigentümer oder Nutzungsberechtigte, der außerhalb der Zeit vom 15. März bis 30. September Heidekraut, Bülten, Waldflächen, Rotthecken, liegende oder zusammengebrachte Bodendecken einschließlich verdorrten Grases an Gräben, Feldrainen und Böschungen brennen will, hat vor dem Brande die Fläche, auf der gebrannt werden soll, gegen die Nachbarflächen allseitig mit einem von allen brennbaren Bodenüberzug freien Streifen von mindestens 5 Meter Breite zu umgeben und für Wundhaltung dieses Streifens zu sorgen. Auch hat er für ausreichende Mannschaft zur Leitung und Bewachung des Feuers zu sorgen. Vor dem Brennen sind die Ortspolizeibehörden im Umkreise von 7½ Kilometer rechtzeitig zu benachrichtigen, und außerdem die von der örtlich zuständigen Polizeibehörde besonders angeordneten Sicherheitsmaßnahmen zu beachten.

Straßenbenennung. Von den im Südosten der Stadt (östlich des sogenannten Brandenburger Tores) im Ausbau begriffenen bzw. geplanten Straßen sind jetzt vier Straßen benannt worden, und zwar nach Städten im abgetretenen ostoberschlesischen Gebiet. Die Benennungen lauten: für die von der Ecke Plesser Straße—Königsstraße nach Osten verlaufende Straße Rybniker Straße; für die von der zuvor bezeichneten Straße nach Süden abzweigende Straße Loslauer Straße; für die von der zuerst bezeichneten weiter östlich nach Süden abzweigende Straße (Parallelestraße der Loslauer Straße) Sohrauer Straße; für die noch weiter östlich die Nord-Südverbindung zwischen Königs- und Groß Strehlitzer Straße herstellende Straße Myslowitzer Straße.

Von den Arbeiter-Samaritern wird uns geschrieben, daß die Telefonnummer der Unfallwache jetzt 2010 ist. Die Unfallwache ist Tag und Nacht besetzt und steht jedermann bei Unfällen oder Krankentransporten zur Verfügung. Hinweisschilder mit der Bezeichnung und Telefonnummer 2010 sind in ausreichender Zahl auf der Unfallwache Breslauer Straße 1 zur Anbringung besonders für den Landkreis zu haben.

Oppeln. Gründungsvergnügen der Arbeitersänger. Der erst seit kurzer Zeit bestehende Arbeiter-Gesangverein „Freiheit", Oppeln, hat am Sonnabend, dem 8. März, 19 Uhr, im alten Schützenhaus (Odervorstadt) sein

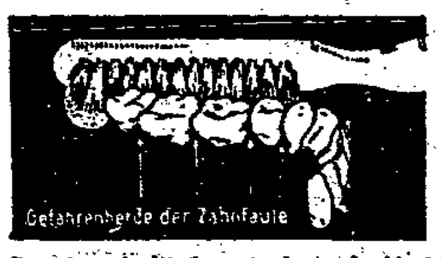
Gründungs-Vergnügen.

Dazu werden alle Sympathisierenden mit ihren Angehörigen eingeladen.

Kundgebung zum Internationalen Frauentag

am Sonntag, dem 9. März, im alten Schützenhaus. Anfang 18 Uhr. Eintritt 30 Pf. Sprechchöre, Rezitationen, Musik- und Gesangsvorträge werden geboten.

Arbeiterinnen und Arbeiter von Oppeln, besucht die Veranstaltung!



In den Zahn-Zwischenräumen

sind die Herde aller Fäulniserreger. Man hat durch mikroskopischen Befund festgestellt, daß mehr als 10 verschiedene Bazillen, Kokken, Spirochäten, Schimmel- und Hefepilze in dem Belag der Zahn-Zwischenräume enthalten sind, wenn die Zahnpflege vernachlässigt wird oder unvollkommen ist. Als Folgen sind zu erwähnen: Übler Mundgeruch, häßlicher Zahnbelag und Zahnkrankheiten, insbesondere Zahnfäule (Karies) und Paradentose. Eine glatte Borstenfläche der Zahnbürste dringt erklärlicherweise schwer in die Tiefe der Zahn-Zwischenräume ein. Aus dieser Erwägung heraus ist die Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschnitt konstruiert. In Verbindung mit der berühmten Chlorodont-Zahnpaste ist eine gründliche Reinigung auch in den Zahn-Zwischenräumen möglich und der Effekt ist schon äußerlich bemerkbar: Elfenbeinartiger Glanz auch an den Seitenflächen und angenehmer erfrischender Atem. Kaufen Sie bei Bedarf nur eine Chlorodont-Qualitäts-Zahnbürste, sie befindet sich in geschlossener hygienischer Verpackung, ist also von Menschenhand noch nicht berührt, wie dies beim Kauf leider oft geschieht, und kostet nicht mehr als eine andere gute Zahnbürste. — Einheitspreis 1 Mk., in zwei Härtegraden. Kinderzahnbürste 60 Pf. — Verlangen Sie nur echt Chlorodont in blau-grün-weißer Originalpackung und weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

Arbeitersport

Breslauer Fußball-Serienspiele am Sonntag, 9. März

15,30: Wratislawia I — Oswitz I, Blitzwiese, Kronig
13,30: Wratislawia II — Oswitz II, Blitzwiese, Wiula
15,30: Südost I — VfL. I, Klettendorf, Genärsch
13,30: Südost II — VfL. II, Klettendorf, Springer
15,30: VfB. I — Sil.-Kickers I, Oltaschin, Kluge
13,30: VfB. II — Silesia-Kickers II, Oltaschin, Linke
15,30: West I — Falke I, Eichenpark, Kaporse
13,30: West II — Falke II, Eichenpark, Jahn
15,30: FSV. I — Hertha I, Bebelpark, Wormbt
13,30: FSV. II — Hertha II, Bebelpark, Franke
15,30: Einigkeit I — Sturm I, Mochbern, Stempniewitz
13,30: Einigkeit II — Sturm II, Mochbern, Klein
15,30: Sparta I — Union I, Schlachthof, Ritter M.
13,30: Sparta II — Union II, Schlachthof, Fischer Fr.
15,30: Stern I — 1924 I, Groß-Mochberner Straße, Serinek
13,30: Stern II — 1924 II, Gr.-Mochberner Str., Winkler (Südost)
15,30: Sportfreunde I — Adler I, Zankholzwiese, Salastowitz
15,30: Koberwitz I — Südost Ib, Koberwitz, Keller
15,30: Union Ib — BSC. 1928 I, Deutsch-Lissa, Sänger
15,30: 1921 I — Wohlau I, Kosel (Bäckerteich), Dittrich
15,30: Vorwärts I — Rapid I, Stadion, Hanschke
13,30: Vorwärts II — Rapid II, Stadion, Hensel
15,30: Strehlen I — ZdA. I, Strehlen, Nieder
15,30: VfR. I — Trebnitz I, Riemannshöhe, Sprich W.
13,30: VfR. II — Trebnitz II, Riemannshöhe, Leiche
15,30: Hundsfeld I — Bernstadt I, Hundsfeld, Grunert
13,30: Hundsfeld II — Bernstadt II, Hundsfeld, Runschke K.
13,30: Namslau II — VfR. II, Namslau, Freudenberg
15,30: Freiheit I — VfL. Ib, Gröschelwiese, Hecht
15,30: Namslau I — VfR. I, Namslau, Freudenberg
15,30: Wacker I — VfL. Oels I, Gröschelwiese, Schlott W.
13,30: Wacker II — VfL. Oels II, Gröschelwiese, Kunze
9,00: Sparta III — Wacker III, Schlachthof, Pogrifke
10,00: Sturm III — Freiheit III, Mariahöfchen, Hoffmann (VfR.)
10,15: Union IV — Sil.-Kickers IV, Deutsch-Lissa, Streibel K.
10,00: Sportfreunde III — Südost III, Zankholzwiese, Bleil
9,00: BSC. 1928 III — VfL. IV, Goldschmieden, Zappke
11,30: Stern III — Oels III, Groß-Mochberner Straße, Jünschke
13,00: Union III — Sparta IV, Deutsch-Lissa, Lober M.
10,30: Einigkeit III — West III, Groß-Mochbern, Resler (Wacker)
10,30: Sil.-Kickers III — Stern IV, Stadion, Reichert
10,00: Hertha III — VfL. III, Gräbschen, Hoffmann (West)

Jugend-Mannschaften

9,00: Südost I — 1921 I, Klettendorf, Grüßner
14,00: Strehlen I — Falke I, Strehlen, Nieder
10,30: Sparta I — West I, Schlachthof, Kraus
9,00: Sil.-Kickers I — Wratislawia I, Stadion, Sotta
10,15: Goldschmieden I — VfL. I, Goldschmieden, Hampel
10,15: VfB. I — Adler I, Oltaschin, Zedel E.
10,15: Wacker I — Union I, Gröschelwiese, Mellich
14,00: Freiheit I — Oels I, Gröschelwiese, Sauer (Wacker)
10,00: Hundsfeld I — Sturm I, Hundsfeld, Kleinert
9,00: Einigkeit I — VfR. I, Groß-Mochbern, Bönsch
9,30: Stern I — FSV. I, Gräbschen, Spiller
11,00: 1921 II — VfR. II, Kosel, Reinert
9,00: VfB. II — West II, Oltaschin, Langner
9,00: Union III — VfL. II, Deutsch-Lissa, Lindner
10,15: Südost II — BSC. 1928 II, Klettendorf, Raschwerk
10,15: Stern II — Union II, Gräbschen, Rösler (SO.)

Jugend-B-Klasse

13,00: Südost — 6. Abt., Klettendorf, Rausch.

Die Gewinne der Industriellen steigen!

Die Kämpfe der Arbeiter um Verbesserung der Lebensbedingungen gegen Trustbourgeoisie und Sozialfaschisten müssen finanziert werden. Trage auch du bei zur Unterstützung der Sammelaktion der KPD. Zeichne auf die Sammelliste:

Nun erst recht!

Trotz Hetze, Drohung mit Verbot wir kämpfen weiter für dich und deine Klasse!

Spinnerin! Spinnerin!

Von A. Merly-Breslau.

An blinkender Maschine,
Die Fäden ausspuckt,
Sitzt du,
Von fremder Willkür geduckt.

Deine Hände, fleißige
Aufsicht der erzenen Spinne,
Sind dem Fabrikherrn
Willkommens Gewinne

Solange sie, flink und geschickt,
Hoffärtige Weiber
Mit glitzernden Seiden umweben;
Dekorativ für gemästete Leiber.

Für andere Seide,
Für dich Kattun;
Unzähliges Jahre
Ohne zu ruh'n.

Spinnerin! Spinnerin!
Wir rufen:
Gesell dich zu Kämpfern,
Tue mehr, als nur fluchen!

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schneller, Berlin; für den Provinzteil (außer Oberschlesien) Rudolf Brandt, Breslau; für Oberschlesien Fritz Jendrosch, Gleiwitz.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Donnerstag und Freitag 5 und 8 Uhr

Gefangene des Meeres

Ein Russenfilm

Ein Film von den Wundern des Amazonen Stromes und den Geheimnissen des Inkalandes

Jugend verboten! Jugend verboten!

Erwerbslose und Kleinrentner bis 5.30 Uhr, 25 Pfg. mit Ausweisen 50 Pfg., ohne 70 Pfg

Arbeiter-Sportkartell

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)

Spielplan vom 2. bis 9. März

Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 14
Der Wildschütz

Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 14
Salome

Sonnabend, 20 Uhr
Fidelio

Sonntag, 15 Uhr
Nachm.-Vorstellung zu ermäßigten Preisen
Die Zauberflöte

Sonntag, 20 Uhr
Die Schwalbe

Beerdigungsanstalt
C. Heymann
Bestattungs-Versicherung
Ueberführung
und Feuerbestattung
Klosterstr. 97 — Zweiggeschäft Gräbschener Straße 87 — Telephon 587 47

B. Thiemann, Beerdigungs-Anstalt
Breslau 10, Matthiasstr. 124
Fernruf 21 602
Inhaber: Erich Müller

Herzberg & Co.

Höfchenstraße 48 | Blücherplatz 17
Lessingstraße 10 | Klosterstraße 64
Selenkestraße 17 | Michaelisstr. 3

Bieten an:
Vom Faß gegen Kasse

Breslauer	32%	= 2.65
Weinbrand-Verschnitt	38%	= 3.45
Weinbrand echt	38%	= 4.40
Garantiert aus reinem franz. Wein		
Jam.-Rum-Verschnitt		3.70
Himbeersaft per Liter (1 Liter über 2½ Pfund)		1.35
96% Prima Sprit per Liter		7.00

Tafel-Liköre einschl. Flasche
Meisterwerke der Destillierkunst
Curaçao, Goldwasser, Bluteranze, Crème de Cacao, Stonsdorfer, Allasch-Pfefferminz, Rose, Dräneile, Sherry Brandy, Kurfürstl. Magen, Halb und Halb etc.
30% Mk. 3.10 35% Mk. 3.60

Zur Warnung!

Von verleumderischer Seite werden Gerüchte in Umlauf gesetzt, deren Unsinnigkeit auf der Hand liegt, und die geeignet sind, das Ansehen und die Ehre der Angestellten der Ehape zu verletzen und die Interessen unserer Firma zu schädigen.

Wir warnen nachdrücklichst vor der Verbreitung dieser unwahren Gerüchte und werden die Verbreiter unnachsichtlich gerichtlich verfolgen lassen.

Wir bitten uns Verbreiter der Gerüchte namhaft zu machen.

Die Angestelltenschaft der Ehape
I. A.: Der Betriebsrat

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Paul Mohry, Breslau, Hirschstr. 69

Gustav Putzke, Breslau
Kletschkaustr. 15 u. Benderplatz 12
die billige Einkaufsquelle in
ff. Fleisch- u. Wurstwaren

Fischwaren / Delikatessen
stets frisch
Hans Winkler
Breslau, Lützowstraße 16

Kauft bei
Blasse
Blasse ist billig!
BRESLAU
Nur Graupenstraße 6/10

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Montag, den 3. 3., bis Montag, den 10. 3.
Täglich 20.15 Uhr
Die heilige Johanna

Dienstag, den 4. 3. und Sonntag, den 9. 3.
15.30 Uhr
Trojaner

Thalia-Theater
Montag 20.15 Uhr
Neuinszenierung!
Kolportage
Komödie von Georg Kaiser

Dienstag bis Montag
Kolportage

Sonntag, 15.30 Uhr
XYZ
Ein Spiel zu Dreien von Klabund

Sichern Sie sich gute Plätze im Vorverkauf zu Otto Hestter und W. Hartstein bei
LIEBICH

ff. Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt
Georg Locbel
Breslau, Klosterstraße 85

Arbeitshosen
von 4.50 bis 24 Mk.
Selbstanfertigung, da konkurrenzlos
Breslau
Burgstraße 7
Krywalski

Parteigenossen!
Beachtet
bei allen Einkäufen immer nur unsere
Inserenten!

Obst
Gemüse
Butter
Käse
nur von
Hondl
Gottesberg
Niederstraße
neben
Drogerie Hohlfarth

-.45 -.95 1.45
1.95 3.95
2.95 4.95

Ein großes Ereignis für Breslau
sind unsere bekannten
Serien-Tage
Sie werden staunen, was wir Ihnen bieten!
Vorverkauf: Donnerstag, den 6. März
Beginn: Freitag, den 7. März

Ohlauer Straße 60/61
am Christophorusplatz

SAXONIA
Wollwarenhaus Falk & Posner

Mitglied der Kunden-Kredit G. m. b. H.